



VORAUSSCHAU FÜR DEN KLIMASCHUTZ

Politische Handlungskompetenz

Klimaschutz in Zeiten der Polykrise

Für Mensch & Umwelt

Umwelt 
Bundesamt

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

Fraunhofer Institut für System- und Innovationsforschung ISI

Breslauer Str. 48
76133 Karlsruhe

Autorinnen und Autoren:

Simone Kimpeler, Lorenz Erdmann
Fraunhofer ISI, Karlsruhe

Unter der Mitarbeit von:

Katja Hünecke, Öko-Institut e. V.
Rebecca Keilhauer und Petra Sandker, Fraunhofer ISI
Frauke Röser, New Climate Institute

Im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, BMWK, Berlin

Haushaltsmittel für die Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030, Nr. 3.5.4.3 der übergreifenden Maßnahmen

Redaktion:

Fachgebiet I 1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien, Ressourcenschonung
Sylvia Veenhoff

Satz und Layout:

Jenny Habermehl

Diese Publikation ist kostenfrei zu beziehen beim Umweltbundesamt. Der Weiterverkauf ist untersagt. Bei Zuwiderhandlung wird eine Schutzgebühr von 15 Euro/Stück erhoben.

Publikationen als pdf:

www.umweltbundesamt.de/publikationen

Abschlussdatum:

März 2025

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, März 2025

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Forschungskennzahl 157237



Vorausschau für den Klimaschutz

POLITISCHE HANDLUNGSKOMPETENZ

Klimaschutz in Zeiten der Polykrise

**Projekt Klimascan – Ergebnisse einer
Analyse zentraler Trends und ihrer
klimapolitischen Chancen und Risiken**

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 – Trends mit Einfluss auf politische Handlungskompetenz und Klimaschutz	8
Abbildung 2 – Vernetzte krisenhafte Ereignisse in der Polykrise	10
Abbildung 3 – Die fünf Trends und ihre Relevanz für den Klimaschutz	40

Abkürzungsverzeichnis

Begriff	Beschreibung
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin
CCS	Carbon Capture and Storage, d. h. Kohlenstoff-Abscheidung und -Speicherung
CDR	Carbon Dioxide Removal, d. h. Kohlendioxid-Entfernung aus der Luft
CO ₂	Kohlendioxid
EKBG	Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz
EU	Europäische Union
KI	Künstliche Intelligenz
KMU	Kleine und mittelgroße Unternehmen
KSG	Klimaschutzgesetz
THG	Treibhausgas
UBA	Umweltbundesamt
USA	Vereinigte Staaten von Amerika

Inhalt

Abbildungsverzeichnis	4
Abkürzungsverzeichnis	4
1. Politische Problemlösungskompetenz als Zukunftsthema	6
Ausgangssituation	6
Aufbau der Broschüre	7
2. Was ist neu? Fünf Trends mit Einfluss auf Klimaschutz	8
2.1. Zeitdiagnose: Globale Polykrise	9
2.2. Zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung	17
2.3. Strukturwandel der Öffentlichkeit: Von Massenmedien zu Mikro-Öffentlichkeiten	23
2.4. Transformationsgovernance stößt zunehmend an ihre Grenzen	29
2.5. Digitale Governance: polyzentrischer und effizienter	35
3. Politische Handlungskompetenz für Klimaschutzpolitik in der Polykrise – Empfehlungen	40
3.1. Transformative Resilienz als Ziel und Handlungsrahmen	41
3.2. Handlungsbedarfe für die Klimaschutzpolitik in Zeiten der Polykrise	41
3.3. Fazit: Klimaschutzpolitik als Testfall für demokratische Resilienz	42
Quellenverzeichnis	43
Literatur	43
Abbildungen	47

1. Politische Problemlösungskompetenz als Zukunftsthema

Ausgangssituation

Der 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine dauert an und in den USA hat Trump ein zweites Mal die Wahlen gewonnen. Langjährige transatlantische Partnerschaften in der Sicherheits- und Wirtschaftspolitik werden in Frage gestellt. Zugleich zeichnen sich Verschiebungen globaler Machtverhältnisse ab, die Folgen haben für den Handel und globale Lieferketten, internationale Institutionen und die Klimaschutzbemühungen weltweit. Die deutsche Wirtschaft erlebt eine konjunkturelle wie strukturelle Schwächung sowie Preissteigerungen, während ein Rechtsruck und soziale Disparitäten in der Gesellschaft beobachtbar sind. Zugleich schreitet der Klimawandel voran und die Folgen in Form von Extremwetterereignissen sind zunehmend auch hierzulande zu spüren. Das gleichzeitige Auftreten verschiedener krisenhafter Entwicklungen, die sich zudem gegenseitig verstärken können, wird unter dem Begriff „Polykrise“ zusammengefasst. Die Polykrise als Zeitdiagnose prägt das Bild der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen.

In Zeiten der Polykrise ist politische Handlungskompetenz in Deutschland zentral zur Stärkung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Resilienz – und wird eine große Herausforderung der kommenden Jahrzehnte sein.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Welche Trends verändern die Anforderungen und Möglichkeiten der politischen Handlungskompetenz – und wie wirken sie direkt oder indirekt auf den Klimaschutz? Welche klimapolitischen Handlungsbedarfe ergeben sich daraus?

Das Projekt Klimascan

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2030 um 65 Prozent und bis 2040 um 80 Prozent zu senken. Bis 2045 soll Treibhausgasneutralität erreicht werden. Den Kern dafür bildet das Bundesklimaschutzgesetz mit seinen verbindlichen nationalen Klimazielen. In den Jahren 2019 und 2023 wurde jeweils ein umfassendes Klimaschutzprogramm mit Maßnahmen in den Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft beschlossen, um die Vorgaben des Gesetzes zu erfüllen. Es werden weitere Anstrengungen notwendig sein, um die gesamtgesellschaftliche Transformation für den Klimaschutz in der geplanten Zeit zu erreichen. Vor diesem Hintergrund ist das Ziel des Projekts Strategische Früherkennung (Horizon Scanning) klimaschutzrelevanter Entwicklungen (Kurztitel: Klimascan), Entwicklungstrends zu identifizieren, die neue Chancen oder Herausforderungen für den Klimaschutz und die Transformation zur Klimaneutralität bieten. Dafür werden Trends signale zu übergreifenden Zukunftsthemen für die Klimaschutzpolitik verdichtet und ressortübergreifende Handlungsbedarfe und Handlungsoptionen abgeleitet. In den einzelnen Projektphasen wurden Mitarbeitende aus verschiedenen Bundesministerien sowie Expert*innen für die einzelnen Trends im Rahmen von Zukunfts- und Strategieworkshops eingebunden.

Das Projekt wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz BMWK in Kooperation mit dem Umweltbundesamt UBA in Auftrag gegeben und vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Kooperation mit dem Öko-Institut und dem New Climate Institute durchgeführt. Die Ergebnisse werden in der Reihe *Vorausschau für den Klimaschutz des Umweltbundesamts* veröffentlicht.

Im Fokus dieser Vertiefungsstudie stehen fünf Entwicklungen und Trends in Wirtschaft und Gesellschaft mit besonderem Einfluss auf die politische Handlungskompetenz in Zeiten der Polykrise und damit verbundenen auf die Chancen oder Risiken für den Klimaschutz und das Gelingen der Transformation:

1. Zeitdiagnose: Globale Polykrise
2. Zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung
3. Strukturwandel der Öffentlichkeit: Von Massenmedien zu Mikro-Öffentlichkeiten
4. Transformations-Governance stößt zunehmend an ihre Grenzen
5. Neue Governance-Ansätze: digitaler, polyzentrischer, transformativer

Die Trends wurden im Rahmen des Projekts Klimascan (siehe Box unten) als diejenigen Entwicklungen und Trends identifiziert, da sie maßgeblich die politische Handlungskompetenz beeinflussen – und damit auch die politische Umsetzung des Klimaschutzes.

Aufbau der Broschüre

Zunächst werden fünf Trends vorgestellt, die die politische Handlungskompetenz in der Polykrise beeinflussen. Die Trends werden dann in Form eines Miniszenarios zugespitzt, das nur eine mögliche Entwicklung aufzeigt, und hinsichtlich ihrer Chancen und Risiken für den Klimaschutz analysiert (Kapitel 2). Anschließend werden daraus resultierende übergreifende politische Handlungsbedarfe zur Stärkung der Handlungskompetenz in der Klimaschutzpolitik aufgezeigt sowie vier Handlungsfelder von hoher Priorität für die Klimaschutzpolitik der kommenden Jahre zur Diskussion gestellt (Kapitel 3).

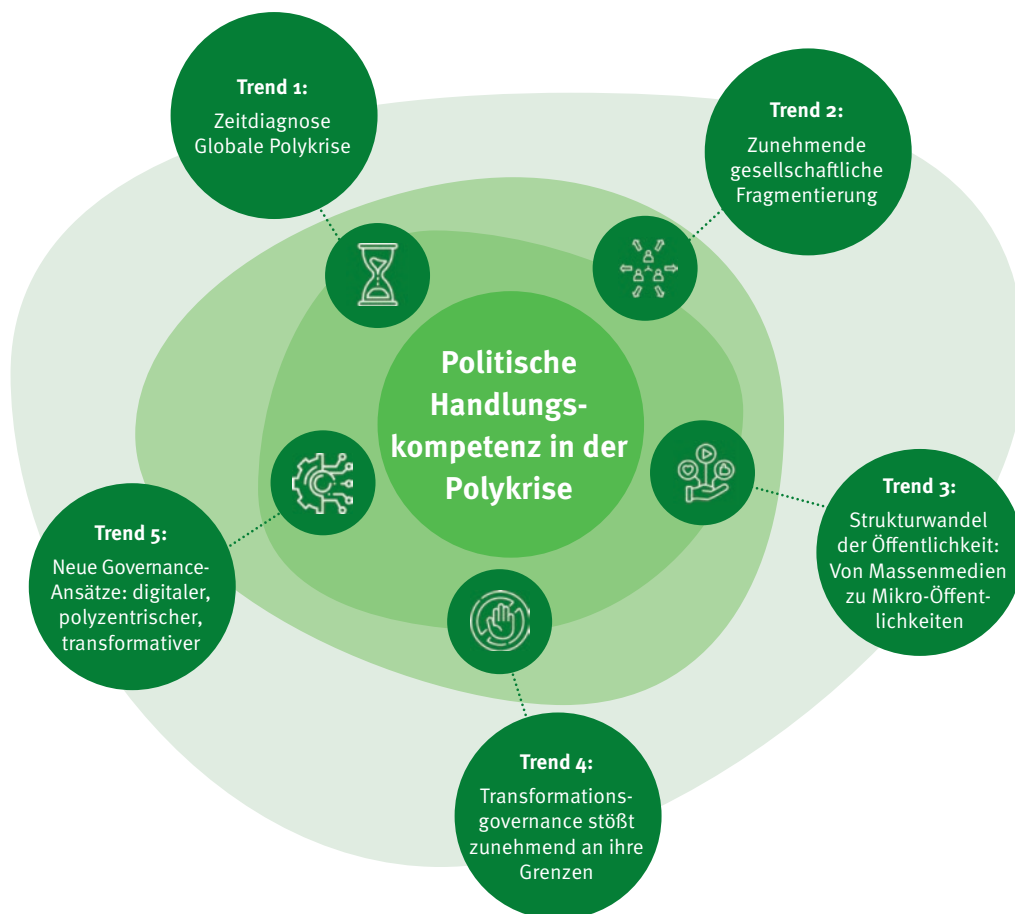
2. Was ist neu? Fünf Trends mit Einfluss auf Klimaschutz

Die Bundesregierung ist gesetzlich verpflichtet, die Ziele und Vorgaben des Bundes-klimaschutzgesetzes (KSG) einzuhalten und dessen Novelle umzusetzen.

Die jüngsten Projektionsdaten 2025 weisen mit Blick auf die Klimazielerreichung bis 2030 eine Zielübererfüllung von derzeit kumuliert 81 Mt. CO₂-Äq. aus (Wehnemann et al., 2025). Die Zielübererfüllung wird erreicht, weil die weiterhin bestehenden Ziellücken im Verkehrs- und Gebäudesektor durch eine Übererfüllung anderer Sektoren (wie der Energiewirtschaft) kompensiert werden. Eine Überprüfung durch den Expertenrat für Klimafragen (ERK) lag zum Redaktionsschluss dieser Publikation noch nicht vor. Die bisherigen Maßnahmen auf Grundlage der Projektionsdaten des letzten Jahres (2024) reichten für die Zielerreichung jedoch noch nicht aus, wie der

Expertenrat für Klimafragen aufgezeigt hat (Expertenrat für Klimafragen, 2024). Mit dem für die Projektionsdaten 2024 bestehenden Instrumentarium werde das übergeordnete Ziel der Minderung der jährlichen Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 knapp verfehlt, ebenso könnten die nationalen Verpflichtungen unter der europäischen Lastenteilung (Effort Sharing Regulation, ESR) ab dem Jahr 2024 nicht eingehalten werden (ebd.). Die ESR-Lücke auf Basis der Projektionsdaten zeigt sogar eine Vergrößerung von 126 Mt. CO₂-Äq. auf 226 Mt. CO₂-Äq. bis 2030 auf. Um auf Kurs für das Gesamtziel des KSG zu bleiben und die ESR-Lücke zu schließen, sind zusätzliche Anstrengungen und Maßnahmen erforderlich, sowohl sektorspezifisch wie auch sektorenübergreifend. Der Expertenrat für Klimafragen erwartet von der neuen Bundesregierung, dass „ein Klimaschutzprogramm

Abbildung 1: Trends mit Einfluss auf politische Handlungskompetenz und Klimaschutz



Quelle: Fraunhofer ISI

innerhalb der ersten zwölf Kalendermonate vorgelegt werden muss“ (Ließmann, 2025) so wie es das KSG nach §9 Abs. 1 KSG auch vorsieht.

Die aktuellen geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen stellen jedoch erschwerte Rahmenbedingungen für ein Kurshalten in der Klimapolitik dar.

In dieser Situation multipler, sich gegenseitig beeinflussender Krisen verschärfen sich einige der bisher ungelösten Zielkonflikte der deutschen Klimaschutzpolitik mit anderen Politikfeldern zunehmend. Das hat zur Folge, dass die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Politik insgesamt beeinträchtigt wird und das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Regierung sinkt. Es besteht die Gefahr, dass Politikziele gegeneinander ausgespielt werden und die Akzeptanz von Maßnahmen der Klimaschutzpolitik zurückgeht.

In diesem Kapitel werden fünf ausgewählte Trends beschrieben, die die politische Handlungskompetenz im Allgemeinen – und damit auch die der Klimaschutzpolitik – erschweren oder verbessern könnten (Abb. 1).

2.1. Zeitdiagnose: Globale Polykrise

Der Begriff der Polykrise ist ein aktuell häufig verwendeter Begriff für die politische Diagnose unserer Zeit. Er beschreibt die komplexen Zusammenhänge der Effekte der Pandemie, des Krieges in der Ukraine und des Klimawandels mit weiteren davon beeinflussten krisenhaften Entwicklungen (Lawrence et al., 2024; Pinzler, 2024). Polykrise ist als Situation definiert, in der verschiedene kritische Ereignisse gleichzeitig auftreten, die sich wechselseitig beeinflussen (Tooze, 2022). Eine Krise löst eine andere aus oder kann diese verstärken, so dass die Auswirkungen größer sind als die Summe der Effekte einzelner zeitgleich auftretender Krisen (Rockström et al., 2024). Von einer globalen Polykrise ist die Rede, wenn Ereignisse in Kombination mit bereits länger anhaltenden Belastungen auf verschiedene Systeme einwirken und deren Austauschbeziehungen stören, z. B. durch Dominoeffekte oder intersystemische Rückkopplungen (Lawrence et al., 2024). Als „kausale Verflechtung von Krisen in mehreren global verteilten Systemen, die die Aussichten der Menschheit erheblich verschlechtern“ (Lawrence et al., 2022).

Aktuelle Daten und Fakten

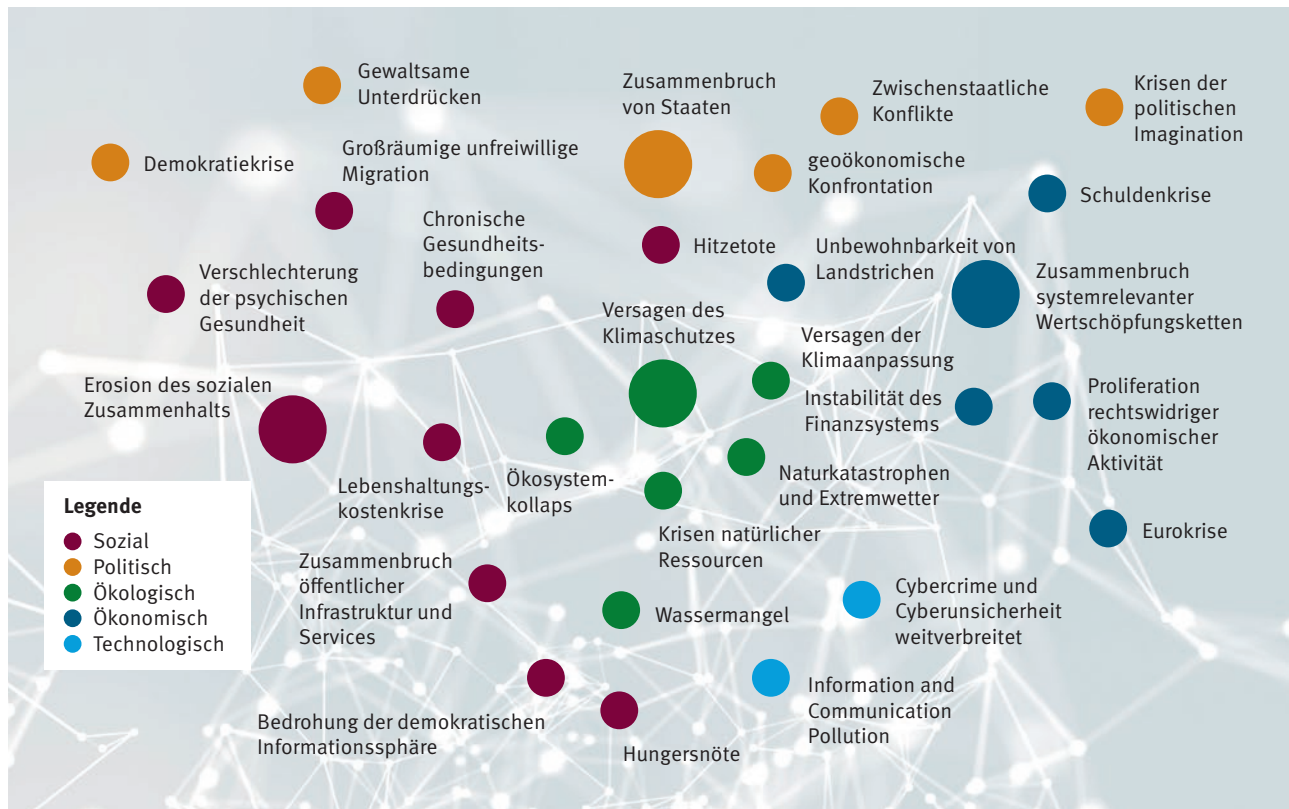
Seit der Pandemie, gefolgt von dem Angriffskrieg Russlands in der Ukraine, befindet sich unsere Welt „in Aufruhr“ (Münkler, 2024). Beide Ereignisse haben komplexe Folgen für globale Lieferketten mit sich gebracht (BMW, 2022; Interos.AI, 2022). Besonders betroffen sind die Bereiche Automobilwirtschaft, Nahrungsmittel, Medikamente (Mirchandani, 2020), Rohstoffe für die industrielle Fertigung (Güßgen & Stölzel, 2024) und Bauwirtschaft (Bau Industrie, 2022), sowie Gas und Öl (ZDFheute, 2024). Das hat weltweit zu Preiserhöhungen geführt, auch hierzulande (Pinzler, 2024). Zu den neuesten Ereignissen zur Verdichtung der Polykrise zählen die Verhaltensänderungen der USA unter der Regierung von Trump: Das Infragestellen des langjährigen Schutzschirms für Europa und der militärischen Unterstützung der Ukraine oder Einfuhrzölle als Machtmittel (Bohrn & Walkenhorst, 2024). Eine Polykrise ist aufgrund ihrer diffusen Komplexität schwer zu bestimmen. Mitten in einer Polykrise liegen übergreifende empirische Analysen kaum vor. Je nach Blickwinkel bestehen daher unterschiedliche Auffassungen darüber, wer oder was die einzelnen Krisenbestandteile verursacht hat und wie sie überwunden werden könnten (HADW, 2025).

Was verändert sich?

In der derzeitigen Polykrise verstärken sich Unsicherheiten der Energieversorgung, der wirtschaftlichen Stabilität und Preisentwicklung, der globalen Lieferketten und der Verteidigungsfähigkeit Europas und Deutschlands (Brosig, 2025). Die Lieferengpässe in der Gemengelage der Krisen haben die Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und der Resilienz Europas in Bezug auf die Sicherheit der Versorgung, der Lieferketten und der Verteidigung verdeutlicht (EEA, 2023). Das veranschaulicht die Rede des US-Vizepräsidenten Vance bei der Münchner Sicherheitskonferenz im Januar 2025 (MSC, 2025). Sie hat die Verschiebungen globaler Machtverhältnisse und geoökonomische Konflikte mit Klima- und Umweltfolgen sichtbarer gemacht. Diese Entwicklungen erfordern zeitnahe politische Antworten, zunächst vor allem in der Wirtschafts-, Energie- und Finanzpolitik sowie in der Außen- und der Verteidigungspolitik – in enger Abstimmung mit Deutschlands Partnern in Europa. Der politische Handlungsdruck verschiebt Prioritäten in der politischen Agenda, so dass die Gefahr besteht, dass langfristige Ziele wie der Klimaschutz und die Transformation der Wirtschaft vernachlässigt werden.

Abbildung 2 zeigt eine Übersicht der aktuell miteinander vernetzten Ereignisse mit Polykrisenpotenzial.

Abbildung 2: Vernetzte krisenhafte Ereignisse in der Polykrise



Quelle: Fraunhofer ISI und Öko-Institut, eigene Darstellung

Das Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RFIS, 2024) benennt fünf Merkmale von Polykrisen, die sich auf die aktuelle Weltsituation anwenden lassen. Sie umfassen

1. den zusätzlich entstehenden Schaden einer Polykrise,
2. die hohe Vielfalt an Ursachen,
3. die tiefere Ungewissheit bezüglich künftiger Entwicklungen,
4. den systemischen Kontext der multiplen Krisen, und
5. die Unzulänglichkeit etablierter Rahmenbedingungen, Institutionen und Praktiken zur Bewältigung der Kriseninteraktionen.

Diese Kriterien spiegeln sich im aktuellen Zeitgeschehen der Polykrise wider, wie die folgenden Entwicklungstrends zeigen.

- **Krisenverdichtung:** Globale Ereignisse treffen auf schleichende Krisen

Die Entwicklungen seit der Covid-Pandemie haben die engen systemischen Wechselwirkungen zwischen der Gesundheitsversorgung, den globalen Lieferketten, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der konjunkturellen Entwicklung, der Energieversorgung, den Auswirkungen von Extremwetterereignissen und weiterer Bereiche vor Augen geführt. Dabei verfügt jeder Bereich bereits über systeminterne Herausforderungen, wie z. B. dringend notwendige Systemreformen oder Infrastrukturinvestitionen, die sich durch neue Krisenereignisse weiter verschärfen. Damit nehmen die Ursachen für neue Krisen und die Risiken für potenzielle Schäden in Summe zu (Vgl. Abb. 2).

Derart zusammenwirkende Krisen lassen sich nicht auf einzelne Ursachen zurückführen, vielmehr entstehen sie aus komplexen kausalen Wechselwirkungen, die vielschichtige Reaktionen erfordern. Das erhöht den Druck auf die Politik, die verschiedenen Bereiche der Polykrise mit geeigneten Maßnahmen zu adressieren.

- Dauerkrise und Unwägbarkeit wird Normalität

Die Wahrnehmungen globaler und hausgemachter Elemente von Krisen überlagern sich. Zu letzteren zählen dysfunktionale öffentliche Infrastrukturen (z. B. Bahn), unterbliebene Investitionen in Digitalisierung (z. B. Versäumnisse gemäß Onlinezugangsgesetz OZG), sich abzeichnende Bildungsdefizite (z. B. kurz- bis mittelfristiger Lehrermangel), und – in der Wahrnehmung eines Teils der Bevölkerung – eine unausgereifte Klimaschutzpolitik (z. B. Vorlage des Gebäudeenergiegesetzes, Subventionskürzungen für Agrardiesel). Die Überlagerung und wiederholte Thematisierung von Krisen kann zur Krisennormalität führen. Aufgrund ihrer besonderen Komplexität vermittelt eine Polykrise zudem ein hohes Maß an Unsicherheit hinsichtlich geeigneter Maßnahmen zur Problemlösung, deren Wirkungen und den zu erwartenden materiellen und immateriellen Kosten für Gesellschaft und Staat (HAdW, 2025). Die komplexen Wechselwirkungen erschweren es politischen Entscheidungsträgern, Handlungsbedarfe zu erkennen und Folgewirkungen und Kosten abzusehen. Das kann Unzufriedenheit mit politischen Entscheidungen hervorrufen.

- Globale Systeme verstärken Abhängigkeiten und damit Risiken

Mit der Globalisierung der Wertschöpfung haben Unternehmen viele Produktionsschritte in weit entfernte Länder verlagert (Jackson & Shepotylo, 2024). Sie profitieren von Kostenreduzierung durch Handelspartnerschaften, Rohstoffverfügbarkeit und niedrigeren Lohnkosten vor Ort oder auch von einer größeren Nähe zu Absatzmärkten und damit geringeren Transportzeiten und -kosten. Die zunehmende Verteilung und Komplexität der Lieferketten schafft jedoch auch Abhängigkeiten von Zulieferern, von Marktregulierung und Handelszöllen. In der Polykrise nehmen geopolitische und geökonomische Spannungen zu und der Welthandel wird volatil. Höhere

Abhängigkeiten und weniger Kontrolle über eigene Lieferketten ergeben ein insgesamt höheres Risiko für Unternehmen (Elsner et al., 2025).

- Systemkomplexität erschwert Krisenmanagement

Ein Treiber der globalen Polykrise ist die wachsende Komplexität der aneinander gekoppelten globalen Systeme. Gerät ein System unter Stress, dann kann das andere Systeme in Mitleidenschaft ziehen. Um die Polykrise zu verstehen und anzugehen, muss daher auch bei der Maßnahmenentwicklung systemübergreifend gedacht werden. Das erschwert das Krisenmanagement (HAdW, 2025).

- Globale Polykrise überfordert die Gesellschaft und nährt Populismus

Interaktionen zwischen Krisen und Wechselwirkungen zwischen Systemen in der Krise können das Verständnis für Kausalzusammenhänge überfordern. Die Wechselwirkungen sind schwer vorhersehbar, Folgewirkungen unzureichend zu antizipieren. Das kann in der Bevölkerung Stress und Überforderung auslösen. Die Krise wird zwar bewusst wahrgenommen, es fällt jedoch schwer, sie mit dem eigenen Handeln zu verknüpfen (Lanzke, 2024). Bei Überforderung kann es zur Zunahme von psychischen Belastungen kommen (Frick et al., 2022) und auf Dauer kann die Überforderung in Krisenmüdigkeit umschlagen (Götze, 2024). Das kann Unsicherheiten in der Gesellschaft verstärken und das Vertrauen in Handlungskompetenz politischer Akteure schwächen (Edelman Trust Institute, 2025).

Wie könnte sich die Polykrise im Jahr 2040 zugespitzt haben?

Das Ringen um globale Vorherrschaft zwischen autokratischen Regierungssystemen und Demokratien sowie die Verschärfung der Lebensbedingungen durch den Klimawandel erzeugen permanent akute Konfliktlagen, die sich in komplexen Interessenallianzen und hybriden Formen der Auseinandersetzung zeigen. Cyberattacken, Desinformationskampagnen und Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen wie Stromversorgung, Wassernetze oder digitale Kommunikationsnetze gehören inzwischen zum Alltag.

Es ist nicht auszuschließen, dass Deutschland im Jahr 2040 direkt militärisch angegriffen oder in militärische Konflikte verwickelt ist – sei es durch regionale Eskalationen innerhalb Europas oder durch globale Spannungen mit unberechenbaren Autokraten. Die Welt ist nicht mehr in zwei große Blöcke aufgeteilt, stattdessen sind multiple, interessensgeleitete Bündnisse um Zugang zu kritischen Ressourcen wie Trinkwasser, seltene Erden oder strategische Verkehrsknotenpunkte entstanden, die sich nur in Teilen überschneiden und deren Stabilität von Fall zu Fall variiert. Entsprechend pflegt Deutschland strategische Allianzen mit verschiedenen Ländern weltweit, bei denen Klimaschutz keine Priorität hat. Extreme Wetterereignisse und der Kollaps von Ökosystemen führen zu gravierenden Folgen weltweit wie Migration aus dem globalen Süden nach Deutschland und Nordeuropa, aber auch innerhalb Europas. Soziale Spannungen wachsen stark an.

Durch die dauerhafte Unterbrechung der Rohstoffversorgung ist die Wirtschaft in Europa unter starkem Druck. Der Staatshaushalt Deutschlands ist chronisch überlastet aufgrund sinkender Steuereinnahmen, hoher Staatsverschuldung, steigender sozialer Ausgaben und den Folgen des demografischen Wandels. Dadurch fehlen Investitionsmittel, um die verfallenden und durch häufige Extremwetterereignisse zerstörten Verkehrs- und Versorgungsinfrastrukturen zu sanieren. In der Folge übernehmen private Hilfsorganisationen und zivilgesellschaftliche Initiativen staatliche Versorgungs- und Sicherungsaufgaben. Dies geschieht jedoch fragmentiert und nur in den Regionen, die ein koordiniertes Vorgehen organisieren können, was wiederum zu neuen sozialen Konflikten um Ressourcen, Prioritäten und Verantwortlichkeiten führt.

Welche Relevanz ergibt sich für den Klimaschutz?

Der Klimawandel und seine Folgen konkurrieren in dieser Gemengelage mit anderen Ereignissen und krisenhaften Entwicklungen um Aufmerksamkeit und politische Priorität. Was bedeutet es für den Klimaschutz, wenn Krisennormalität im politischen Handeln Einzug hält und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen lähmt? Was bedeutet es, wenn den Anforderungen der parallelen Krisen nicht

Rechnung getragen wird und die Resilienz gegenüber Krisen weiter geschwächt wird?

- Weniger Handlungsspielraum für Klimaschutzpolitik

Die Polykrise als globale Herausforderung trifft Deutschland mitten in der Transformation zur Klimaneutralität. Der Krieg in der Ukraine und der drohende Verlust des transatlantischen Schutzschilds erfordert hohe Verteidigungsausgaben. Die Folgen des Klimawandels, insbesondere Extremwetterereignisse wie Flut, Hitzewellen und Dürren werden immer teurere Schäden verursachen. Für den Abbau des Investitionsstaus im Bereich der Infrastrukturen werden hohe Summen benötigt, zudem stecken wir noch mitten in der Energie- und Verkehrswende (Kimpeler & Marquardt, 2025). Politische Maßnahmen gegen die unmittelbar zu spürenden Auswirkungen der Polykrise wie Preissteigerungen, Medikamentenknappheit oder Gefährdung des Arbeitsplatzes haben Priorität und beanspruchen Mittel und Kapazitäten in Politik und Verwaltung. Vormaliger politischer Konsens über die Dringlichkeit ambitionierter Klimaschutzprogramme kann in Frage gestellt werden (UBA & BMUV, 2023). Das reduziert die Handlungsspielräume für langfristige Klimaschutzmaßnahmen. Ein Beispiel dafür ist der Effekt, dass viele großen Unternehmen in den USA derzeit ihre ursprünglich ambitionierten Klimaziele wieder aufgeben, ganz so wie die Regierung unter Trump wünscht (Halper & Spring, 2025).

- Klimaschutz als Verlierer im Agenda-Setting?

Nicht nur die dafür benötigten personellen und finanziellen Ressourcen der Politik werden knapper, auch die öffentliche Aufmerksamkeit und Wahrnehmung der weiterhin hohen Dringlichkeit des Klimaschutzes wird in der Polykrise beeinträchtigt. Das Agenda-Setting bezeichnet die Themensetzung in der (Medien-) Berichterstattung und wird u.a. vom Auftreten von Ereignissen und der journalistischen Auswahl von Themen nach Neuheit und Relevanz für die Zielgruppe des Mediums beeinflusst (Tschötschel et al., 2022). Hinzu kommen die Effekte der Themensetzung durch Plattform-Algorithmen und personalisierten Inhalte in den sozialen Medien. Diese Effekte bestimmen die Präsenz des Themas Klimawandel in der öffentlichen Wahrnehmung und damit der Grad der Aufmerksamkeit für Klimaschutzmaßnahmen. (Hoppe et al.;

Tschötschel et al., 2022). Die mediale Aufmerksamkeit für Klimaschutz schwankt über die Jahre und nimmt weltweit seit Ende 2022 tendenziell ab (Aoyagi, M. et al., 2025). Dafür sind zwei Einflussfaktoren besonders relevant: erstens die zunehmende Ereignisdichte multipler Krisen und zweitens die zunehmende Social Media Nutzung mit mehr personalisierten Inhalten und mehr Emotionalisierung und Polarisierung der Meinung in der Filterblase (Brüggemann & Pröschel, 2024). So wurde die Partei Die Grünen in der Ampelkoalition besonders stark in Social Media angefeindet und als Verbots- und Verzichtspartei stilisiert (Donatsch, 2024).

► Individuelle Verantwortung für den Klimaschutz

In einer Polykrise sind auch die Auswirkungen des individuellen Verhaltens und Handelns für den Klimaschutz komplexer. Durch Inflation und Preissteigerungen werden unmittelbar Verhaltensänderungen im Konsum erforderlich. Die Implikationen des eigenen Handelns für den Klimaschutz sind hingegen nicht immer klar erkennbar. Dann fällt es den Menschen schwerer, die Notwendigkeit der eigenen Verhaltensänderung zu erkennen und sie umzusetzen (Urner, 2024). Dieser Effekt greift sowohl auf der individuellen Ebene bei Konsumententscheidungen oder Präferenzen für einen nachhaltigen Lebensstil als auch auf Ebene von Kommunen oder Organisationen (Reusswig & Schleer, 2021). Hinzu kommt, dass in der globalen Polykrise kurzfristige Reaktionen auf akute Krisenmomente gefordert sind, die das eher langfristig ausgerichtete Denken für den Klimaschutz bis zum Jahr 2030 oder 2050 im Alltag verdrängen können.

► Ungleiche Verteilung der Klimasünden und -lasten

Die aktuelle Polykrise, in der Klimawandel, soziale Ungleichheit, Wirtschaftskrisen und geopolitische Spannungen aufeinandertreffen, verstärkt diese Wahrnehmung der Ungerechtigkeit zusätzlich. Gerade in Zeiten multipler Krisen droht die Akzeptanz für Klimamaßnahmen weiter zu sinken, wenn Maßnahmen als sozial ungerecht oder als Belastung für ohnehin schon benachteiligte Bevölkerungsgruppen empfunden werden. Daher ist eine sozial gerechte Lastenverteilung eine wichtige Voraussetzung, um die Bereitschaft zur Transformation gerade in Krisenzeiten zu fördern.

► Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für die Klimaschutzpolitik?

Der Klimawandel ist eine von mehreren aneinander gekoppelten, Krisen mit zunehmender Dichte von kritischen Ereignissen. Dabei fungiert der Klimawandel auch als Treiber für andere Herausforderungen bzw. Krisen wie z. B. klimabedingte Migration aufgrund von Degradation von Böden. Vor diesem Hintergrund können Klimaschutzmaßnahmen als Beitrag zur Sicherheit und Stärkung der Resilienz der Gesellschaft verstanden werden. Der Erfolg der Klimaschutzpolitik hängt auch mit der Akzeptanz der Maßnahmen in der Bevölkerung sowie ihrer Bereitschaft zu Verhaltensänderungen zusammen. In der Polykrise ist zudem wichtig, Klimaschutzziele mit weiteren Politikzielen zu verknüpfen, wofür das Nexus-Denken ein geeigneter Ansatz ist. Es kann ressortübergreifende Synergien in der Krisenpolitik aufzeigen und die Abstimmung von Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen unterstützen.

► Klimaschutzmaßnahmen als Beitrag zur Sicherheit und Resilienz

Der kleiner werdende Handlungsspielraum für Klimaschutz erfordert eine stärkere Fokussierung der Klimaschutzpolitik auf Synergieeffekte mit weiteren Politikzielen. Dabei stellt ein Gelingen der Transformation der Sektoren für den Klimaschutz auch eine Stärkung der Resilienz Deutschlands in länger andauernden Krisen dar (Vgl. EEA, 2023). Ein gelungener Klimaschutz entlastet den Staatshaushalt (weniger Kosten für Folgen von Klimaschäden), fördert die Gesundheit (weniger Belastung durch Extremwetter und Umweltverschmutzung), sichert die Energieversorgung (weniger Abhängigkeit von fossiler Energie und Rohstoffimporten) und erhält bzw. schafft neue Arbeitsplätze (mehr Wettbewerbsfähigkeit durch Energie- und Ressourceneffizienz). Neu aufkommende Krisen sollten kontinuierlich geprüft werden, ob sie ein Möglichkeitsfenster für Klimaschutz sein könnten.

► Klimaschutz auf der Agenda und im öffentlichen Diskurs halten

Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Dringlichkeit des Klimaschutzes ist in der Polykrise schwerer zu halten, jedoch ein wichtiger Schlüssel für die

Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen. Dabei muss der Ausdifferenzierung des Mediensystems, der hohen Relevanz von Social Media und den Tendenzen der Desinformation (Vgl. Faktor 2 und 3) Rechnung getragen werden. Dies kann durch gezielte und kontinuierliche Kommunikationsstrategien erreicht werden, die auf wissenschaftlich fundierten, aber verständlich aufbereiteten Informationen basieren. Wenn Klimathemen regelmäßig mit konkreten Beispielen aus den lokalen Kontexten verknüpft werden, dann werden sie für die Menschen im Alltag relevanter. Zudem können die Zusammenhänge zwischen Klimaschutz und Gesundheit oder finanziellen Einsparungen stärker aufgezeigt werden. Geeignet sind auch Dialogformate, in denen verschiedene Zielgruppen, Multiplikatoren aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Politik sowie vertrauenswürdige Akteure oder Influencer das Thema auch bei weniger klimaschutzaffinen Personen präsenter machen.

- Verteilung der Klimabelastungen ausgleichen und soziale Dimension des Klimaschutzes stärken

Sollte sich die ungleiche Verteilung der Klimabelastungen weiter verstärken, auch global, dann ist mit stärkerer Verweigerung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen zu rechnen. Es braucht daher eine ausreichende Transparenz darüber, wer und was den Klimawandel beschleunigt und wer oder was ihn mindert. Wichtig für die Akzeptanz von Klimaschutzpolitik ist zudem, dass die Lasten der Transformation in der Gesellschaft breit getragen werden und Ungleichheiten reduziert werden. Klimafreundliches Verhalten könnte zudem mit weiteren Entlastungen gefördert werden.

- Individuelle Verantwortung für den Klimaschutz aufzeigen und fördern

Um die Notwendigkeit der eigenen Verhaltensänderung zu erkennen und sie umzusetzen, bedarf es klarer Informationen über Wirkungen von individuellen Entscheidungen und Verhalten auf verschiedene Bereiche der Polykrise. So waren die Energiespar-Challenges kommunaler Energieversorger während der Gasknappheit zu Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine ein wirksamer Anreiz für Haushalte. Ein Ausbau von Beratungsstellen und Schulungen zum Thema Krisenbewältigungsstrategien und Krisenkommunikation für Mitarbeitende in Behörden kann das Vertrauen in die Krisenbearbeitungskompetenz

der Politik stärken. Zusätzlich wird die Fähigkeit, zwischen Fakten und Fiktion zu unterscheiden immer wichtiger. Ein Ansatz für gezielte Bildungs- und Informationsangebote für Verantwortungsübernahme ist die „Caring Education“ (Seligman, 2015). Sie kann bereits in Schulen beginnen und positive Effekte der Selbstwirksamkeit, persönliches Engagement in Netzwerken, sowie breitere Sichtbarkeit von Erfolgen des Klimaschutzes erzielen (Schratz, 2023).

- Entwicklung einer neuen Art der politischen Handlungskompetenz

Auswirkungen der Krisen wie Inflation, unterbrochene Lieferketten oder eine Steigerung des Verteidigungshaushalts lassen die Governance der Transformation zunehmend an Grenzen stoßen. Die Gestaltung des Klimaschutzes und der Klimaanpassungen unter diesen erschwerten Bedingungen erfordert besondere politische Kompetenz und einen Konsens zur starken Relevanz des Klimaschutzes. Das umfasst ein hohes Maß an Politikkoordination über Politikbereiche hinweg, Bürokratieabbau sowie ausreichend Kapazitäten für die schnellere Umsetzung auf der operativen Ebene.

- Wissensbasis für angemessenes Politikhandeln in der Polykrise

Gezielte empirische Forschung, die spezifische Kriseninteraktionen untersucht, kann politischen Entscheidungsträgern und anderen Akteuren bei der Bewältigung der Polykrise helfen, indem Strategien zur Verhinderung einer Verstärkung, Beschleunigung und Synchronisierung von Krisen abgeleitet werden (Lawrence et al., 2024). Dafür ist der Aufbau von Kompetenz der Krisenbewältigung in Wirtschaft und Gesellschaft mitzudenken. Eine wichtige Basis für angemessenes politisches Handeln ist zudem eine systematische und fundierte Bestandsaufnahme der lebensweltlichen Realitäten der Bevölkerung insgesamt, aber auch ihrer Berufsgruppen, ihrer ökonomisch stratifizierten Schichten, ihrer sozialen Milieus und ihrer jeweiligen Bedarfslagen, Transformationsbereitschaften und -fähigkeiten. Und ein Teil dieses Wissens – insbesondere zu positiven Effekten Synergien zwischen Klimaschutz und anderen Politikzielen (vor allem Sicherheit) – könnte den Menschen gut aufbereitet für individuelles Handeln zur Verfügung gestellt werden. Ebenso hätten Informationen über erforderliche Kompromisse einen Mehrwert als

Argumente für Verhaltensänderungen und für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen.

- Kriseninterventionen unter Zeitdruck erfordern Kompromisse im Klimaschutz

Zur Linderung der Krisenbelastungen vermag die Klimapolitik unter dem Druck der Polykrise vermehrt auf riskante Technologien setzen, z. B. Geoengineering (BMWK, 2024; Jahn & Kersting, 2024). Deutschland ist zwar aus der Kernenergie ausgestiegen, aber in 12 der 27 Mitgliedstaaten der EU werden 100 Reaktoren betrieben, weitere sind geplant (BMK, o.J.). Das politische Interesse an Geoengineering oder Kernenergie nimmt in Europa und weltweit zu. So kann mit Carbon Dioxide Removal (CDR) Kohlendioxid aus der Luft entfernt werden, für lange Zeit gebunden und sicher verwahrt werden, z. B. durch Aufforstung von bislang unbewaldeten Gebieten oder Düngung des Meeres mit Eisen für mehr Algenwachstum. Das Carbon Capture and Storage (CCS) hingegen soll Kohlenstoff-Abscheidung und -Speicherung, z. B. in Pipelines entlang von Raffinerien, Kraft- und Zementwerken ermöglichen. Mögliche Technikfolgen der Technologien sind bisher nur begrenzt untersucht worden. So könnten Eingriffe in das Klima Auswirkungen in anderen Erdteilen haben, was geopolitische Konflikte hervorrufen könnte. Neben weiterer Technikfolgenabschätzung ist daher auch eine enge internationale Abstimmung von Geoengineering-Maßnahmen zu empfehlen (Schröder, 2021).

Maßnahmen der Krisenintervention können auch neue Möglichkeiten für den Klimaschutz eröffnen, wenn zum Beispiel technologische Souveränität oder resiliente Energieversorgung mit Klimaschutz in Einklang gebracht werden.

- Nexus-Denken für ressortübergreifende Synergien in der Krisenpolitik

Solange sich die Politik auf isolierte Krisen konzentriert, kann nur die jeweils unmittelbare Bedrohung adressiert werden (Lawrence et al., 2024). In der globalen Polykrise bedarf es hingegen einer übergreifenden und integrierten Betrachtung und Bewertung des gesamten Spektrums von miteinander verknüpften Krisen und Wechselwirkungen. Das entspricht im Grundsatz dem sogenannten Nexus-Denken, das bereits seit längerem in der systemischen Umweltforschung und -politik propagiert wird, um Komplexität

in der politischen Debatte rund um den Klimaschutz zu reduzieren und Systemzusammenhänge aufzuzeigen (Asian Development Bank, 2023). Im Nexus-Ansatz geht es um Synergien, Spannungsfelder und erforderliche Kompromisse im Hinblick auf den Klimaschutz zwischen verschiedenen politischen Maßnahmen, z. B. in der Sicherheits-, Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Beispiele für Nexus-Themen sind Aspekte der Gesundheitsversorgung, Ernährungssicherheit oder der Trinkwasserversorgung (Benini et al., 2023). Sie werden in der Polykrise immer relevanter und sie sind sowohl wirtschafts-, sozial- als auch klimapolitisch von hoher Bedeutung (ESCAP, 2023; Özcan et al., 2024).

Eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik wird nicht nur den Klimawandel bremsen, sondern könnte auch dazu beitragen verschiedene Krisen zu entkoppeln. Wichtig ist dabei, dass die ressortübergreifende Strategie die Synergien der Klimaschutzpolitik mit anderen Kriseninterventionsmaßnahmen der Polykrise aufzeigt und damit Ängste vor materiellem Verlust adressiert, etwa mit gemeinsamen Kommunikationsstrategien der Ressorts, um populistischen Diskurstendenzen etwas entgegenzusetzen. Das gelingt z. B. durch Maßnahmen in verschiedenen Ressorts für übergeordnete Ziele wie Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit oder Aus- und Aufbau zukunftsfähiger Infrastrukturen (Münch, 2024).

Das Verknüpfen verschiedener Monitoring-Systeme zur Analyse von Krisenwirkungen und deren Folgen könnte interministerielle Zusammenarbeit erleichtern und politischem Handeln mehr Legitimation geben.

Im nachfolgenden Kasten sind die Chancen und Risiken des Trends zusammengefasst.

Globale Polykrise als Zeitdiagnose: Chancen und Risiken für den Klimaschutz

Chancen

- ▶ Fokussierung der Klimaschutzpolitik auf Synergieeffekte, um die Widerstandsfähigkeit, die wirtschaftliche Stabilität, die Energiesicherheit und die öffentliche Gesundheit zu stärken und so einen breiten gesellschaftlichen Nutzen über das Klima hinaus zu generieren.
- ▶ Bildung zu mehr Verantwortung und Selbstwirksamkeit im Klimaschutz kann die Krisenbewältigungskompetenz in der Gesellschaft und das Vertrauen in Krisenbearbeitungskompetenz der Politik stärken.
- ▶ Finanzielle Entlastungen für klimafreundliches Verhalten auf individueller Ebene wie auch für Unternehmen und Organisationen können die Akzeptanz von Maßnahmen stärken, gerade in Krisenzeiten mit größeren finanziellen Belastungen.
- ▶ Systematische und fundierte Bestandsaufnahme der lebensweltlichen Realitäten der Bevölkerung insgesamt und ihrer Teilgruppen verbessert die Wissensbasis für Möglichkeiten der Verhaltensänderungen.
- ▶ Nexus-Denken zur integrierten Betrachtung und Bewertung des gesamten Spektrums von miteinander verknüpften Krisen und Wechselwirkungen kann ressortübergreifende Synergien in der Krisenpolitik schaffen.
- ▶ Ausbau der Politikkoordinierung über Politikbereiche hinweg, um mehrere Krisen gleichzeitig anzugehen und so die politische Kohärenz zu verbessern.
- ▶ Maßnahmen des Klimaschutzes wie z.B. der Ausbau der Wasserstoff-Infrastruktur für die industrielle Energieversorgung können mit anderen Kriseninterventionen in Einklang gebracht werden (z. B. technologische Souveränität, resiliente Energieversorgung).
- ▶ Gemeinsame Kommunikationsstrategien verschiedener Ressorts zu übergeordneten Zielen der Polykrisenintervention können populistischen Tendenzen des Misstrauens in (unabgestimmtes) Regierungshandeln entgegenwirken.
- ▶ Miteinander verknüpfte Monitoring-Systeme verschiedener Politikbereiche können die Verbindlichkeit und Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen fördern.

Risiken

- ▶ Wenn die Polykrise voranschreitet, könnte politische Krisenbewältigung unter Abwertung von Klimaschutz stattfinden, insbesondere wenn die Polykrise den Wohlstand gefährdet.
- ▶ Handlungsspielraum für Klimaschutz wird kleiner im Zuge der Konkurrenz um Finanzmittel, politische Priorität und gesellschaftliche Aufmerksamkeit.
- ▶ Die öffentliche Aufmerksamkeit für die Dringlichkeit des Klimaschutzes ist in der Polykrise schwerer zu halten, wäre jedoch ein wichtiger Schlüssel für die Akzeptanz von Klimaschutzmaßnahmen.
- ▶ Die Komplexität der Polykrise kann zur Überforderung und Krisenmüdigkeit führen und Ablehnung von Klimaschutzmaßnahmen begünstigen, die kurzfristig für Teile der Gesellschaft zu Nachteilen führen.
- ▶ Der Transformationsdiskurs kann angesichts der komplexen Zusammenhänge elitär und technokratisch wirken, was wiederum Misstrauen nährt.
- ▶ Bleibt die ungleiche Verteilung der Klimasünden und -belastungen bestehen oder nimmt weiter zu, auch global, dann kann die Verweigerung gegenüber Klimaschutzmaßnahmen zunehmen.
- ▶ Dringende Krisen drängen politische Akteure zu sofortigen, kurzfristigen Lösungen, was möglicherweise notwendige langfristige Strategien zur Eindämmung des Klimawandels untergräbt.

2.2. Zunehmende gesellschaftliche Fragmentierung

Die gesellschaftlichen Unterschiede in Bezug auf Einkommen und Wohlstand sowie Einstellungen zu Werten und Überzeugungen drohen in Krisenzeiten größer zu werden. Eine zunehmende Fragmentierung der Gesellschaft und Polarisierung der Meinungen können den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen. Es gibt unterschiedliche Standpunkte dazu, ob Deutschlands Gesellschaft bereits stark polarisiert ist oder nicht, d. h. ob zwei klar entgegengesetzte Überzeugungen über verschiedene Themengebiete hinweg einander diametral gegenüberstehen. Allerdings stimmen unterschiedliche Studien darin überein, dass es eine Tendenz zu polarisierenden Äußerungen in der medialen Öffentlichkeit gibt. In einer stark fragmentierten Gesellschaft mit klar ausgeprägten Trennungen zwischen verschiedenen Teilgruppen können insbesondere die Betroffenheit vom Klimawandel und die Einstellungen zum Klimaschutz weit auseinanderklaffen. Dies erschwert die Akzeptanz und Unterstützung von Klimaschutzmaßnahmen deutlich.

Aktuelle Daten und Fakten

Die Lebenshaltungskosten in Deutschland steigen, insbesondere die Preise für Nahrungsmittel und Dienstleistungen (Statistisches Bundesamt, 2025). Zwar sind die realen Haushaltsnettoeinkommen seit dem Jahr 1995 im Durchschnitt um mehr als 30 % gestiegen, doch in den untersten Einkommensdezielen fiel dieser Anstieg deutlich geringer aus (Grabka, 2024). Die zunehmenden Einkommensunterschiede beeinflussen die Teilhabemöglichkeiten in Arbeit und Gesellschaft sowie die Ausdifferenzierung der Lebenswelten und Meinungsbildungsarenen. Zwar dominieren traditionelle Nachrichtenanbieter die Nachrichtennutzung im Internet – der meistgenutzten Nachrichtenquelle (Behre et al., 2023), jedoch steigt auch die Nutzung von Social Media in Deutschland weiter an, zuletzt auf 60 % (Müller, 2024). In Deutschland sind die sozialen Netzwerke zum Teil erheblich segregiert (Teichler et al., 2023), wodurch auch die darin vertretenen Meinungen und Überzeugungen stark voneinander abweichen. Das höchste Maß an affektiver Polarisierung zeigen Studien insbesondere bei den Themen ‚Zuwanderung‘, ‚Klimawandel‘ und ‚Pandemien wie Covid-19‘ (Herold et al., 2023). Netzwerksegregation und affektive Polarisierung sind am stärksten ausgeprägt bei Anhänger*innen der AfD

und der Grünen, sowie bei Personen mit hoher oder niedriger formaler Bildung und bei Menschen muslimischen Glaubens (Teichler et al., 2023).

Was verändert sich?

In sich zuspitzenden Krisen ist mit realem Wohlstandsverlust zu rechnen. Dies verstärkt Zukunftsängste und Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungsträgern. Menschen könnten sich zunehmend benachteiligt fühlen, was populistische oder polarisierende Tendenzen in der öffentlichen Meinungsbildung begünstigt. Diese findet zunehmend online, insbesondere in sozialen Medien statt. Die von Plattformbetreibern eingesetzten KI-basierten Mechanismen beeinflussen die Meinungsbildung zunehmend, was auch für politische Zwecke instrumentalisiert werden kann, z. B. von demokratiefeindlichen Gruppen oder sich stärker radikalisierenden Protestbewegungen.

- Realer Wohlstandsverlust und damit verbundene Ängste

In Deutschland werden Haushalte mit niedrigen Einkommen in Zukunft relativ zu ihrem Einkommen viel stärker unter den Preissteigerungen leiden als Haushalte mit höherem Einkommen, insbesondere bei Nahrungsmitteln und Energiekosten (Bach et al., 2023; Fratzscher, 2023). Die Wohlstandsverluste werden zunehmend in der Gesellschaft gespürt und schüren Unsicherheit und Ängste (Groh-Samberg et al., 2023; Spannagel & Brülle, 2024). Diese finden ihren Ausdruck in politischen Meinungsäußerungen, z. B. in sozialen Medien, so dass eine längerfristige Auseinanderentwicklung sozialer Lagen erwartbar scheint (Deitelhoff et al., 2020; Helbig & Jähnen, 2018). Umstritten ist, ob das die Gesellschaft in Deutschland und Europa polarisiert oder eher weiter fragmentiert (Hedewig-Mohr, 2024; Mau et al., 2023). Eine Regierungsbeteiligung von klimaleugnenden und antidemokratischen Parteien könnte die Polykrise zusätzlich verstärken und damit den Handlungsspielraum für politische Antworten und Maßnahmen des Klimaschutzes weiter verringern, z. B. durch Abschottung der Arbeitsmärkte, Erosion der Gewaltenteilung und versuchte Einflussnahme auf Justiz und Medien.

- Gesellschaftliche Segregation durch Social Media

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über kontroverse Themen scheinen die grundlegenden Einstellungen und Werthaltungen entlang von „systematischen Konfliktachsen“ immer wieder durch (Mau et al., 2023). Eine „nennenswerte distributive Polarisierung“ ist laut einer Meta-Analyse von Meinungsumfragen hierzulande nicht feststellbar (Teney et al., 2024). Stattdessen erkennen Teney et al. eine zunehmende Desinformation und verrohende Diskussionskultur in der Öffentlichkeit (zit. aus Hedewig-Mohr, 2024). Persönliche Einstellungen sind mit soziostrukturellen Merkmalen und der Zusammensetzung des engeren sozialen Umfelds verbunden (Unzicker, 2023). Dabei spielt Social Media eine immer wichtigere Rolle (Behre et al., 2023). Die Anzahl der Social Media-Nutzenden über 14 Jahre in Deutschland liegt bei 60 % der Bevölkerung (Müller, 2024). Ein Zuwachs zeigt sich vor allem bei den 50- bis 69-Jährigen und etwas weniger bei den 30- bis 49-Jährigen, wo hingegen bei den unter 30-Jährigen das Wachstumspotenzial auf hohem Niveau ausgeschöpft zu sein scheint (ebd.). Deren Nutzung kann politisches Engagement und kollektives Handeln unterstützen, gleichzeitig aber auch zur Verbreitung von Desinformation und zur Isolierung von Diskursräumen, den sogenannten Filterblasen, beitragen (Mahrt, 2019). Mehrere Studien bestätigen, dass die Nutzung von Social Media vorhandene Meinungslager bestärkt und Unterschiede vertieft (Kubin & Sikorski, 2021; Mahrt, 2024), die Mechanismen dafür bleiben jedoch unklar (Mahrt, 2024). Wichtig sind in dem Zusammenhang die auf intransparenten Algorithmen basierenden Strategien für die Reichweitenerhöhung und Nutzerbindung seitens der Plattformanbieter. Neben der Mediennutzung sind jedoch auch Faktoren wie Alter, Geschlecht und politisches Interesse für Meinungsbildung und -äußerung relevant, also die Faktoren, die auch für die Medienutzung selbst eine Rolle spielen (Boulianne, 2020; zitiert nach Mahrt, 2024).

- Politische Instrumentalisierung von Fragmentierungstendenzen

Mit jeder Krise und ihren Auswirkungen auf Teile der Bevölkerung können Proteste hervorgerufen werden und so neue Bruchlinien zwischen gesellschaftlichen Teilgruppen entstehen (Breuer, 2023). Demnach ist nicht auszuschließen, dass ein Kipppunkt des Protests erreicht werden kann und die Bruchlinien insgesamt demokratiegefährdend wären (ebd.). Das kann von extremistischen und antidemokratischen

Parteien instrumentalisiert werden, z. B. für die Ablehnung und Abwertung von politischen Klimaschutzmaßnahmen durch Klimawandelleugnung oder mit Narrativen wie der Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Energiewende. (Herold et al., 2023; Sommer & Schad, 2023). Dabei kommen zunehmend KI-generierte Falschmeldungen (Fake News) und Deep Fakes zum Einsatz, mit denen demokratiefeindliche Organisationen die politische Meinungsbildung beeinflussen oder die Demokratie schwächen wollen (BSI, 2025).

- Radikalisierung von Gruppen für und gegen den Klimaschutz

Soziale Bewegungen haben die Macht, einen groß angelegten gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, aber es ist ungewiss, welche Rolle radikale Aktionen dabei spielen (Ostarek et al., 2024). Eine zunehmende Radikalisierung von politischen Gruppen ist auch hierzulande beobachtbar und stellt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland auf die Probe (Herschinger et al., 2018). Radikale Gruppierungen nutzen Soziale Medien intensiv, um Anhänger zu gewinnen und Protestaktionen zu organisieren. Davon können auch gemäßigte Protestgruppen mit ähnlichen Zielen profitieren, wie eine Studie zu einer Blockade-Aktion einer radikalen Umweltschutz-Gruppe in Großbritannien und den sogenannten Flanken-Effekten für ihr gemäßigtes Pendant „Friends of the Earth“ zeigt (Ostarek et al., 2024). Angesichts einer zunehmenden Krisenüberforderung in der Gesellschaft (Vgl. Trend 1) und der wachsenden Akzeptanz von Gewaltanwendung bei politischen Protesten (Edelman Trust Institute, 2025) ist eine Radikalisierung von Klimaschutzbefürwortenden und -gegner*innen möglich, sowohl auf lokaler Ebene als auch global vernetzt. Das kann durch populistische Kampagnen politischer Parteien oder Stiftungen sowie Einflussnahme ausländischer Geheimdienste auf die Meinungsbildung und das Wahlverhalten verstärkt werden. Segregierte Öffentlichkeiten, technische Möglichkeiten durch KI- und Social Media-Kanäle (s.o.) begünstigen derartige Aktivitäten und Dienste.

Wie stark fragmentiert könnte die Gesellschaft im Jahr 2040 sein?

Im Jahr 2040 ist die Gesellschaft in Deutschland sozioökonomisch und kulturell stark fragmentiert. Sie ist geprägt von einer tiefen, nahezu unüberbrückbaren Kluft zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Der technologische Fortschritt durch KI und Automatisierung sowie andauernde geoökonomische Konflikte haben die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie massiv beeinträchtigt und zu hoher Arbeitslosigkeit geführt. Nur eine kleine vermögende Elite profitiert von den wirtschaftlichen Umbrüchen, während große Teile der Mittelschicht aufgrund hoher Kosten für Energie und Wohnen ins dauerhafte Prekariat abgerutscht sind. Auch technologisch ist die Gesellschaft gespalten: ein Teil der Bevölkerung lebt digital abgehängt, was die soziale und politische Teilhabe massiv erschwert. Ein anderer Teil hat sich in der digitalen Welt verloren und lebt abgekoppelt von der Realität.

Die Auswirkungen des Klimawandels haben die Regionen unterschiedlich schwer getroffen und verschärfen regionale Ungleichheiten. Dadurch entstehen konkurrierende lokale Identitätskonflikte, kulturelle Differenzierung, Diskriminierung und ein Nebeneinander von subkulturellen Identitäten mit ihren eigenen Netzwerken und digitalen Plattformen. Separatistische Bewegungen nehmen zu.

Demokratische Institutionen werden nicht nur zunehmend misstrauisch betrachtet, sondern partiell sogar offen abgelehnt. Populistische und autoritäre Bewegungen gewinnen an Zulauf, während politische Entscheidungen auf nationaler Ebene kaum noch breite Akzeptanz finden. Zusätzlich haben sich Polarisierungsagenturen etabliert, die gezielt emotionale Konflikte in der Gesellschaft befeuern. Diese Akteure agieren sowohl im Auftrag ausländischer Geheimdienste als auch durch politisch-ideologisch motivierte Gruppierungen im Inland. Insgesamt ist die Gesellschaft von Isolation, Ungleichheit und Instabilität geprägt. Der Anspruch, sich in einer Demokratie auch mit anders Denkenden auszutauschen und in den Dialog zu treten ist nur noch schwer umzusetzen. Die Krisenüberforderung zu Beginn der Polykrise hat sich zu einer Überforderung in der sozialen Kommunikation mit starker Emotionalisierung gesellschaftlicher Unterschiede ausgeweitet.

Welche Relevanz ergibt sich für den Klimaschutz?

Was bedeutet es für den Klimaschutz, wenn Fragmentierungstendenzen in der Gesellschaft zunehmen?

Wie wird der Klimaschutz zukünftig im Kontext der mehr werdenden Konfliktthemen verhandelt? Die Folgen des Klimawandels werden auch in Deutschland deutlich zu spüren sein und Risiken für den Erhalt der Lebensqualität und des Wohlstands mit sich bringen. Wenn die Diskursarenen und Konfliktachsen sich weiter ausdifferenzieren, dann könnte das Thema Klimaschutz marginalisiert oder für andere politische Themen instrumentalisiert werden.

- Folgen des Klimawandels können Wohlstandsverluste und soziale Ungleichheit verstärken

In den kommenden Jahren kann mit zunehmender Krisenverdichtung der Wohlstand in Deutschland zurückgehen. Das schürt Ängste vor Wohlstandsverlust. Insbesondere Haushalte mit niedrigem Einkommen sind davon betroffen, da sich Preissteigerungen bei Ihnen am deutlichsten niederschlagen. Wachsende soziale Ungleichheit kann die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen verringern (Schneller et al., 2020). Wenn Menschen das Gefühl haben, dass Klimapolitik ihre ohnehin schon prekäre finanzielle Lage weiter verschlechtert, könnte dies zu Widerstand gegen notwendige Reformen führen (Staude, 2019). Neben anderen Krisen tragen auch die Folgen des Klimawandels, insbesondere Extremwetterereignisse mit Überflutung oder Dürre oder Hitzewellen über mehrere Tage, zur Krisenverdichtung bei. Zudem sind weniger wohlhabende Menschen stärker von Klimawandelfolgen betroffen, da sie in der Regel über weniger Ressourcen verfügen, um sich davor zu schützen. Soziale Ungleichheit und Verteilungsungleichheit haben Einfluss auf den Zugang zu Bildung, Information und Diensten. Dabei tragen sie im Vergleich zu wohlhabenden Menschen seltener bzw. in geringerem Maße mit ihrem Konsum oder Mobilitätsverhalten zum Klimawandel bei. Die ungleichen Lebensbedingungen und damit einhergehenden Brüche zwischen gesellschaftlichen Gruppen spiegeln sich in polarisierter politischer Meinungsäußerung und Vertrauensverlust gegenüber der Politik.

- Dynamik systematischer Konfliktachsen in sozialen Medien

Persönliche Einstellungen hängen von soziostrukturellen Merkmalen, dem engeren sozialen Umfeld und der Medienwahl und Nutzungsintensität ab. Aktuell gibt es keine Signale für eine gesamtgesellschaftliche Polarisierung entlang einer einzigen Achse, vielmehr bestehen parallele Auseinandersetzungen über kontroverse Themen mit jeweils entgegengesetzten Einstellungen und Werthaltungen entlang von verschiedenen systematischen Konfliktachsen. Diese Dynamik wird begleitet von einer zunehmenden Verbreitung von Falschinformation und einer Verrohung der Debattenkultur in Politik und Gesellschaft. Soziale Medien entwickeln sich zunehmend zum Leitmedium für politische Informationen und Meinungsäußerung. Dort kann in Echtzeit politisches Engagement und kollektives Handeln für den Klimaschutz initiiert werden. Gleichzeitig besteht das Risiko von Desinformation über den Klimawandel und die Notwendigkeit des Klimaschutzes. Dabei erlangen die Plattformanbieter immer mehr Macht als Gatekeeper für Themen und Meinungen. Es kann für Menschen zunehmend schwieriger werden, sich einer sozialen Gruppe und damit gesellschaftlich zugehörig zu fühlen – und sich öffentlich für die eigene Meinung einzusetzen.

- Fragmentierungstendenzen auch innerhalb der Klimaschutzdiskurse

Jede Krise und ihre Folgen kann Proteste schüren und damit Konflikte zwischen Teilgruppen verstärken. Politische Bewegungen können diese Momente für ihre Ziele instrumentalisieren. Das kann bei friedlichen Protesten grundsätzlich demokratiefördernd sein, jedoch auch gesellschaftliche Fragmentierungstendenzen verstärken. Der Klimaschutz kann nicht als eine einheitliche politische Achse betrachtet werden, sondern ist in ein komplexes Geflecht von sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konfliktachsen eingebettet (Mau et al., 2023). Damit besteht die Gefahr von parallelen Auseinandersetzungen über den Klimaschutz in verschiedenen Teildiskursen, die nur schwer in Bezug zueinander gesetzt werden können oder inhaltlich aufeinander aufbauen können. Krisenartige Ereignisse können dort zu Triggerpunkten werden und die Emotionen hochkochen lassen. Die Häufung von solchen Auslösern bei sich verdichtenden Krisen birgt die Gefahr, dass der Klimawandel in immer mehr politischen und gesellschaftlichen Arenen als nur eine Bedrohung unter vielen und der

Klimaschutz als nur eine gesellschaftliche Aufgabe unter vielen wahrgenommen wird.

- Diverse, auch neue Allianzen für den Klimaschutz

Soziale Bewegungen spielen eine zentrale Rolle für Klimaschutz, da sie gesellschaftlichen Wandel anstoßen und Kräfte bündeln können. Um Klimaschutz noch wirksamer voranzutreiben, braucht es neue gesellschaftliche Allianzen über traditionelle Gruppierungen hinweg. Aktuell gibt es vielfältige engagierte Gruppen, jedoch innerhalb dieser Bewegungen unterschiedliche Strömungen – von gemäßigten bis zu radikalen Gruppen. Letztere werden in ihren Aktionsformen zunehmend konfrontativer, was einerseits die öffentliche Aufmerksamkeit für ihre Anliegen erhöhen kann. Andererseits erhöhen solche radikalen Protestformen das Risiko von gesellschaftlicher Ablehnung und neuen Konflikten zwischen verschiedenen Interessensgruppen. Angesichts einer wachsenden gesellschaftlichen Toleranz gegenüber Gewalt in politischen Protesten (Edelman Trust Institute, 2025) steigt die Gefahr, dass die Grenze zur Gewalt schneller überschritten werden könnte – sowohl auf Seiten der Klimaschützenden als auch ihrer Gegner.

- Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für die Klimaschutzpolitik?

Was bedeutet es für den Stellenwert und die Akzeptanz der Klimaschutzpolitik, wenn bei einer Krisenverdichtung die sozioökonomischen Unterschiede in der Gesellschaft größer werden und den Wohlstand gefährden? Wie kann die Klimaschutzpolitik ihre Ziele und Maßnahmen kommunizieren und abstimmen, wenn das Thema Klimaschutz in verschiedenen Diskursarenen verteilt ist? Ein umfassenderes Verständnis von Fragmentierungsmechanismen und -tendenzen wird eine wichtige Randbedingung für die gesellschaftliche Aushandlung und politische Gestaltung des Klimaschutzes der kommenden Jahre sein. Für den Klimaschutz wird es zukünftig notwendig sein, seinen Beitrag für den Wohlstandserhalt herauszuheben. Angesichts der Fragmentierungstendenzen bedarf es einer Orchestrierung der Argumente und Debatten in verschiedenen Diskursarenen, die sich parallel entfalten, zunehmend auch in den sozialen Medien.

► Klimaschutzpolitik für Wohlstandssicherung

Der Klimawandel wird als ein Treiber der Krisenverdichtung immer sichtbarer und spürbarer, so dass Klimaschutzmaßnahmen auch die Effekte anderer Druckpunkte der Polykrise mindern können. Hierzu gehört das Risiko des Wohlstandsverlusts, gepaart mit wachsender sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit. Da Menschen mit geringerem Einkommen stärker von Folgen des Klimawandels betroffen sind als Wohlhabendere, obwohl sie im Vergleich weniger dazu beitragen, können sich die politischen Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verschärfen. Der Zusammenhang zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit wird zunehmend als kritischer Faktor für den Erfolg von Klimaschutzinitiativen anerkannt und damit wichtiger für die Debatten (Hennicke et al., 2025). Um zu vermeiden, dass der Klimaschutz zum Spielball gesellschaftlicher Konflikte wird, wäre es wichtig, das Kriseninterventionspotenzial der Klimaschutzpolitik mit konkreten Alltagsbeispielen zu belegen, klar zu formulieren und breit zu kommunizieren. Eine zielgruppengerechte Aufbereitung dieser Erkenntnis sollte auch Bildungsangebote für Schulen beinhalten, da Klimaschutz eine langfristige Aufgabe über Generationen hinweg ist.

► Verteilung der Lasten des Klimaschutzes

Menschen, die besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, tragen derzeit deutlich weniger zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. Menschen mit geringem Einkommen würden einen hohen CO₂-Preis eher akzeptieren, wenn die damit erzielten Einnahmen aus ihrer Sicht gerecht verteilt bzw. verwendet würden. Zwar sind Rückverteilungsmechanismen bereits in der Klimaschutzpolitik angekommen, jedoch sind sie noch nicht umgesetzt.

► Präsenz der Klimaschutzpolitik entlang der Konfliktachsen in sozialen Medien

Persönliche Einstellungen sind ein entscheidender Einflussfaktor für Konsum- oder Wahlentscheidungen und werden stark durch soziale Netzwerke und Mediennutzung geprägt. Soziale Medien sind für die meisten Menschen zum Hauptmedium für gesellschaftliche Zugehörigkeit, politische Informationen und Engagement geworden. Ihre Strukturen und Mechanismen fördern die gesamtgesellschaftliche

Tendenz zur Ausdifferenzierung systematischer Konfliktachsen in der Meinungsbildung. Durch eine starke Präsenz der politischen Akteure der Klimaschutzpolitik in den sozialen Medien kann der Bedeutung dieses Mediums Rechnung getragen werden. Kritische Entwicklungen wie Desinformation und eine Verrohung der Debattenkultur und Instrumentalisierung durch extremistische und autokratische Bewegungen gefährden jedoch auch die Demokratie insgesamt und mithin die Klimaschutzpolitik. Dem kann eine stärkere Regulierung der Macht der Plattformanbieter und der intransparenten Filteralgorithmen sowie kontinuierliche Aufklärung über Desinformation durch KI entgegenwirken.

► Gemeinsame Narrative können Fragmentierungen der Diskurse entgegenwirken

In der Polykrise nehmen Proteste insgesamt, auch für und gegen den Klimaschutz zu und verstärken Konfliktlinien zwischen Teilgruppen. Für die Klimaschutzpolitik ist es wichtig, dass in den parallelen Auseinandersetzungen der Klimawandel weiterhin als zentrale Bedrohung und Klimaschutz als gesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen wird. Ein verbindendes, partizipativ über Konfliktlinien hinweg entwickeltes Narrativ für ein zukünftig klimaneutrales Deutschland kann einer Fragmentierung des Klimaschutzdiskurses entgegenwirken. Zudem können zielgruppengerechte Maßnahmen für mehr politisches Engagement und kollektives Handeln für den Klimaschutz das Verständnis für Klimaschutzpolitik als Schlüsselinstrument in der Polykrise stärken.

► Vertrauensbildung durch mehr Vermittlung der Politikerfolge

Wachsender Pessimismus gepaart mit Unzufriedenheit mit gewählten Volksvertretungen bezüglich ihrer Prioritätensetzung und inhaltlichen Fokussierung hat das Vertrauen in Regierungshandeln geschwächt (Edelman Trust Institute, 2025). Sollten Umsetzungserfolge nicht im Alltag spürbarer werden, wird die Unzufriedenheit weiter steigen. Vertrauensverluste und die Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele können dann in der Gesellschaft zunehmen. Dann könnten sich auch Klimaproteste weiter radikalieren. Das kann der gesamtgesellschaftlichen Akzeptanz und Toleranz für Klimaschutzmaßnahmen entgegenwirken und bedarf dann zusätzlicher vertrauensbildender Maßnahmen seitens der

Politikakteure. Vertrauen in Klimaschutzmaßnahmen kann gestärkt werden, wenn positive Effekte gezeigt werden. Dazu zählt eine zielgruppengerechte, kontinuierliche Kommunikation über Fortschritte der Zielerreichung, die neben Messwerten für Fachleute auch konkrete emotionalisierende Beispiele aufzeigt, wie sich das in den Lebenswelten verschiedener Gruppen auswirkt.

- Reframing des Klimaschutzes mit Beispielen des Gelingens und Aktivierung Gleichgesinnter

Eine weitere Maßnahme gegen den Vertrauensverlust in Politikhandeln und für mehr Mäßigung im politischen Diskurs könnte die Förderung der Gesprächsbereitschaft über Konfliktgrenzen hinweg sein, z. B. mit lokalen und virtuellen Beteiligungsformaten. Eine stärkere Betonung der Verantwortung aller und Aufzeigen der Vielfalt der Möglichkeiten zum

Gelingen der Transformation kann die Bereitschaft zum aktiven Klimaschutz erhöhen. In einer fragmentierten Gesellschaft könnte das durch eine Einbindung bzw. Förderung von Aktivitäten in Vereinen und Clubs oder Online-Netzwerken, z. B. Meet-ups, gelingen. Damit können auch Gruppen, die bislang wenig im Fokus der Öffentlichkeit standen, wertschätzend als Akteure der Transformation einbezogen werden, z. B. Kleingärtner*innen für Biodiversität, Handarbeitsgruppen für Upcycling oder gesundheitsbewusste Radsportbegeisterte für Naturschutz und klimaneutrale Mobilität. Die Aktivierung von Vereinen oder anderen Gruppen von Gleichgesinnten als Akteure der Transformation könnte zudem den Gemeinschaftssinn in der Gesellschaft stärken und damit einer Fragmentierung entgegenwirken.

Im nachfolgenden Kasten sind die Chancen und Risiken des Trends zusammengefasst.

Fragmentierungstendenzen in der Gesellschaft: Chancen und Risiken für den Klimaschutz

Chancen

- Klimaschutzmaßnahmen können auch die Effekte anderer Druckpunkte der Polykrise mindern, z. B. einem Wohlstandsverlust entgegenwirken oder Klimagerechtigkeit fördern.
- Wenn die Zusammenhänge zwischen sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit verdeutlicht werden, kann die Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen zunehmen.
- Mit mehr Beispielen aus dem Alltag könnte der sozioökonomische Nutzen der Klimaschutzpolitik stärker veranschaulicht werden, wie etwa weniger Hochwasser-Katastrophen mit ihren verheerenden Folgen für Gesundheit und Leben, Wohlstand und Kostenbelastungen.
- Da Klimaschutz eine langfristige Aufgabe über Generationen hinweg ist, könnte mit mehr innovativen Bildungsformaten für Schulen die Notwendigkeit und der Nutzen von Klimaschutzpolitik zielgruppengerechter vermittelt werden.
- Eine faire Verteilung der finanziellen Belastungen von Klimafolgen kann Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft entgegenwirken. Dafür wäre ein Ausbau der Rückverteilungsmechanismen gut geeignet.
- Mit einem starken Engagement von Akteuren der Klimaschutzpolitik in sozialen Medien kann der hohen Bedeutung des Mediums für Meinungsbildung Rechnung getragen werden.
- Die Regulierung intransparenter Filteralgorithmen auf Medienplattformen und eine kontinuierliche Aufklärung über Desinformation durch KI reduzieren die Gefahr der Instrumentalisierung von Klimaschutz für politisch oder ideologisch motivierte Polarisierungsversuche.
- Gemeinsame Narrative über gesellschaftliche Gruppen hinweg können Fragmentierungen des Klimaschutzdiskurses entlang systematischer Konfliktlinien der öffentlichen Meinung entgegenwirken.
- Zielgruppengerechte Maßnahmen für mehr politisches Engagement und kollektives Handeln für den Klimaschutz können das Verständnis für Klimaschutzpolitik als Schlüsselinstrument in der Polykrise stärken.

- ▶ Eine zielgruppengerechte Aufbereitung von Fortschritten und Erfolgsmeldungen der Klimaschutzmaßnahmen und ihres konkreten Nutzens für die Menschen im Alltag, z. B. in Form von Einsparungen, stärken das Vertrauen in Klimaschutzpolitik.
- ▶ Lokale und virtuelle Beteiligungsformate fördern die Gesprächsbereitschaft der Menschen über Konfliktgrenzen hinweg und können zur Mäßigung im politischen Diskurs beitragen. Beispiele sind kommunale Beteiligungsplattformen oder Aktivitätsangebote für Vereine, Kleingärtner*innen, Sportbegeisterte.
- ▶ Die Aktivierung von Gleichgesinnten als Mitwirkende der Transformation könnte den Gemeinschaftssinn in der Gesellschaft stärken und damit einer Fragmentierung entgegenwirken.

Risiken

- ▶ Da Menschen mit geringerem Einkommen stärker von Folgen des Klimawandels betroffen sind als Wohlhabendere, obwohl sie im Vergleich weniger dazu beitragen, können sich die politischen Spannungen zwischen den gesellschaftlichen Gruppen verschärfen.
- ▶ Die Zunahme von Desinformation und eine Verrohung der Debattenkultur können durch extremistische und autokratische Bewegungen instrumentalisiert werden, was die Klimaschutzpolitik und Demokratie insgesamt gefährdet.
- ▶ Die Emotionalisierung der Debatten kann zur Zunahme von Misstrauen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen im Allgemeinen und gegenüber Klimaschutzprotagonist*innen im Besonderen führen.
- ▶ Wenn die Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung politischer Ziele in der Gesellschaft zunimmt, dann könnten sich auch Klimaproteste zunehmend radikalisieren. Das kann das gesamtgesellschaftliche Verständnis für Klimaschutzmaßnahmen beeinträchtigen.
- ▶ Nehmen die Fragmentierungstendenzen zu, dann könnte sich zukünftig die fehlende Konsensbildung für Klimaschutzpolitikmaßnahmen als Sollbruchstelle für das Gelingen der Transformation entpuppen.

2.3. Strukturwandel der Öffentlichkeit: Von Massenmedien zu Mikro-Öffentlichkeiten

Ein wichtiger Indikator für das Auseinanderdriften von individuellen Meinungen und Einstellungen ist die öffentliche Meinung. Sie geht aus der Verhandlung individueller Meinungen in einem öffentlichen Diskurs hervor, in den im besten Fall eine Vielfalt individueller Meinungen einfließt, und sie bietet Orientierung für die individuelle Meinungsbildung (Neuberger, 2022). Die Sphäre der Öffentlichkeit manifestiert sich in Mediendiskursen, womit öffentlich zugängliche Medien zentrale Funktionen der Teilhabe durch Rezeption und Kommunikation für die öffentliche und politische Meinungsbildung erfüllen (ebd.). Die politische Öffentlichkeit ist in einem demokratischen Staat wie Deutschland das Ergebnis aktiver Meinungsbildung.

Aktuelle Daten und Fakten

Entscheidend für die Themenbildung und -strukturierung des öffentlichen Diskurses sind neben den staatlichen Institutionen, insbesondere Regierung und Parlament, vor allem meinungsbildende gesellschaftliche Akteure wie Parteien, Verbände, Bürgergruppen und NGOs sowie zunehmend auch Individuen und institutionelle Kommunikatoren in den sozialen Medien. Zudem haben Medienanbieter wie Sender, Verlage und Plattform-Konzerne Einfluss auf die Themensetzung, indem sie als Gate-Keeper Nachrichten priorisieren, redaktionell aufbereiten und mithilfe von Nutzerdaten und Algorithmen zunehmend auch personalisiert präsentieren. Die Medienlandschaft in Deutschland befindet sich im Wandel. Das Internet dominiert als Hauptquelle für Nachrichten (Behre et al., 2023). Zudem verschiebt sich das Nutzungsverhalten weiter in Richtung Nutzung von sozialen Medien und non-linearen Angeboten, d. h. online verfügbaren Inhalten, die zeitlich flexibel

abgerufen werden können, z. B. über Mediatheken, Streaming-Diensten sowie Webseiten oder Social-Media-Kanäle der Medienhäuser (Oehsen, 2024). Je nach Alter, Vertrauen in etablierte Medien und politischen Einstellungen variieren die Nutzungsgewohnheiten der Bevölkerung in Deutschland (Medienanstalten, 2025). Durch soziale Medien hat jede Person die Möglichkeit die eigene Meinung in Sekundenschnelle publik zu machen, ob dies nun auf wissenschaftlichen Fakten basiert, eine persönliche Meinung oder reine Verschwörungserzählung ist (UBA, 2023). In Deutschland ist knapp die Hälfte der Menschen verunsichert, ob sie Informationen aus dem Internet Glauben schenken sollen (Quiring et al., 2024). Das Vertrauen in Tageszeitungen, Radio und Fernsehen ist hierzulande höher und das in soziale Medien niedriger als im EU-Durchschnitt (Europäische Kommission, 2022). Eine Langzeitstudie zum Medienvertrauen in Deutschland geht davon aus, dass es in der deutschen Gesellschaft (noch) keine Krise des Medienvertrauens gibt, jedoch der Anteil der Skeptiker*innen gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien von Jahr zu Jahr steigt (Jackob et al.).

Was verändert sich?

Welche Auswirkungen haben KI und Filtermechanismen in sozialen Medien auf die Meinungsbildung? Wie verändert das die Debattenkultur in der medialen Öffentlichkeit und die individuelle Meinungsbildung sowie das Vertrauen in die Medien? KI und Algorithmen gewinnen in der politischen Meinungsbildung an Bedeutung und verstärken Tendenzen der Desinformation und Vertrauenserosion in politische Kommunikation.

- KI und Filteralgorithmen beeinflussen die Meinungsbildung in sozialen Medien

Polarisierende Äußerungen haben in sozialen Medien durchschnittlich mehr Resonanz als ausgewogene Beiträge, z. B. durch Zustimmung oder Weiterverbreitung der Nachricht seitens der Nutzer*innen (Newman & Cherubini, 2025). Das wird von Plattform-Konzernen genutzt, um mit KI und Algorithmen die Aufmerksamkeit der Nutzenden zu binden, die Nutzungsintensität und -dauer zu erhöhen und Werbeeinnahmen zu generieren. Mit KI können Inhalte automatisiert erstellt und personalisiert werden. KI-basierte Chatbots interagieren – auch untereinander – in Echtzeit. Zudem können mithilfe von KI immer größere, unstrukturierte Datenmengen

ausgewertet werden, um Trends und Muster in der öffentlichen Meinung zu erkennen. Diese Veränderungen machen Kommunikation einerseits effizienter und können eine gezieltere Ansprache ermöglichen. Andererseits nutzt KI vorhandene Inhalte und reproduziert im Zweifel auch diskriminierende, manipulierte oder unwahre Inhalte. Zudem ist der Einsatz von KI für Rezipient*innen zunehmend intransparent, was eine Überprüfung oder kritischen Umgang mit den Ergebnissen erschwert. Eine internationale Befragung zeigt, dass zwei Drittel der Verlage KI nutzen, um Textartikel in Audio umzuwandeln, 70 % lassen damit Zusammenfassungen von Artikeln erstellen, und 65 % nutzen KI für Übersetzungen der Nachrichtenartikel in verschiedene Sprachen (Newman & Cherubini, 2025). Mehr als die Hälfte der befragten Medienhäuser arbeiten zudem mit KI-Chatbots und -Suchschnittstellen (ebd.).

Somit werden die Nachrichten und Meldungen in sozialen Medien auf der Basis von Filter-Algorithmen und KI-Anwendungen angezeigt. Das bedeutet, dass mithilfe der Filtermechanismen der öffentliche Diskurs und die Meinungsbildung beeinflusst werden kann (Zick et al., 2023). Das kann so weit gehen, dass Wahlen beeinflusst werden sollen. Beispiele sind die Bemühungen von Elon Musk um die AfD auf seiner Plattform X oder die Beeinflussung von Wahlen in anderen Ländern durch den russischen Staat (The Economist, 2024).

- Mehr Desinformation mit Fake News und Deep Fakes

Fake News, d. h. Falschmeldungen, haben das Ziel, die Menschen zu verunsichern, zu täuschen, Lügen zu verbreiten oder sie empfänglich für komplexitätsreduzierende Darstellungen und Verschwörungstheorien zu machen. Im 1. Quartal 2023 fand fast die Hälfte der Internetnutzenden (48 % der 16- bis 74-Jährigen) hierzulande auf Webseiten oder Social-Media-Plattformen Informationen vor, die nach eigener Einschätzung unwahr oder unglaubwürdig waren (Behrends et al., 2024). So nehmen Menschen, die einem Thema kritisch gegenüberstehen, die Nachrichtenlage dazu in den sogenannten Qualitätsmedien wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk als verzerrt wahr und vermuten eher eine staatliche Steuerung der Inhalte (Reusswig & Schleier, 2021). Menschen, die dagegen einem Thema positiv gegenüber eingestellt sind, die z. B. Handlungsbedarf beim Klimaschutz sehen, vermuten in Medienbeiträgen häufiger Versuche,

Klimaschutzmaßnahmen durch Desinformationen zu diskreditieren und wünschen sich daher häufiger ein aktiveres Einschreiten von Staat und Plattformen bei der Qualitätskontrolle der Beiträge (Unzicker, 2023). Mithilfe von KI können Falschinformationen verstärkt werden. Zum einen indem mit KI-Bots in sozialen Medien fingierte Nutzeraccounts die Filtermechanismen ausnutzen, um Fake News zu verbreiten. Zum anderen können mit KI-Werkzeugen sogenannte Deep Fakes, täuschend echt wirkende manipulierte Videos und Audios, erstellt werden (BSI, 2025). Das World Economic Forum geht davon aus, dass Deep Fakes das größte (wirtschaftliche) Risiko der kommenden zwei Jahre darstellen (Elsner et al., 2025). Die dafür nötige Software ist im Internet frei verfügbar. Die Risiken und Herausforderungen, die Deepfakes für die öffentliche Meinung und politische Meinungsbildung mit sich bringen sind erheblich. Zugleich bietet KI aber auch das Rüstzeug, um Deepfakes verlässlich zu entlarven (Fraunhofer AISEC, 2025). Vor diesem Hintergrund kann ein Strukturwandel der Öffentlichkeit auf der Mikro-Ebene, getrieben durch Social Media und Digitalisierung der Inhalte, festgestellt werden (Habermas, 2023).

► Hate Speech – Hassreden verschärfen den Ton politischer Debatten

Im Internet und den sozialen Medien gibt es vermehrt sogenannte Hassrede oder „Hatespeech“. Das sind in schwerwiegender Weise angreifende, feindselige oder diskriminierende Kommentare gegenüber Personengruppen oder Einzelpersonen bezogen auf deren Eigenschaften oder Ansichten (Bones, 2024). „In schwerwiegender Weise“ ist ein wichtiges Charakteristikum der Hassrede, damit sie als solche definiert werden kann und nicht etwa unter dem Grundsatz der freien Meinungsäußerung fällt (ebd.). Hassrede im Sinne einer Beleidigung anderer, der Verbreitung von Lügen über Personen oder der Herabwürdigung der Personen ist in Deutschland, anders als z. B. in den USA, strafbar (Hille, 2025). Eine Studie aus dem Jahr 2023 hat ergeben, dass gut ein Viertel derjenigen, die das Internet nutzen, nach eigener Einschätzung auf Webseiten oder in sozialen Medien Hassreden wahrgenommen haben (Behrends et al., 2024). Jüngere Internetnutzende beobachteten häufiger Hate Speech im Netz als ältere. Knapp 80 % der Internetnutzenden, die Hate Speech wahrgenommen haben, gaben an, dass die Angriffe auf politische oder gesellschaftliche Ansichten bezogen (ebd.). Die

Emotionalisierung der politischen Kommunikation, z. B. die Zunahme von Hassbotschaften, kann die Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft verstärken, insbesondere gegenüber Andersdenkenden, z. B. durch tätliche Angriffe gegenüber Personen aus der Politik oder Journalist*innen.

► Vertrauen in Medien

Der Anteil der Menschen mit hohem Medienvertrauen ist in Deutschland weitaus größer als der Anteil derer, die wenig Medienvertrauen haben, und Menschen mit einem größeren politischen Interesse vertrauen Medien mehr (Jackob et al., 2023). Dabei variiert das Vertrauen in die mediale Berichterstattung nach Thema und Bildungsgrad. Vor allem die Themen, die traditionell stark polarisieren spalten die Mediennutzer*innen (ebd.). Dazu gehören Themen, die sich in ideologische Lager aufteilen lassen oder bei denen Normen oder Werte unvereinbar aufeinanderprallen. Die Langzeitstudie zu Medienvertrauen in Deutschland lässt sich wie folgt zusammenfassen (Jackob et al., 2023): Das Vertrauen in Medien ist bei Menschen mit höherem Bildungsgrad stärker ausgeprägt als bei Menschen mit niedrigerem Bildungsgrad. Menschen mit einem höheren Medienvertrauen haben oft ein differenzierteres Vertrauensverhältnis auf der Ebene einzelner Medien oder Autor*innen. So kann es sein, dass sie dem Mediensystem als Ganzem vertrauen, ebenso dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Allgemeinen, aber einem der Sender bei der Darstellung der Debatte über ein bestimmtes Thema eher nicht. Die Menschen mit geringerem Medienvertrauen bringen häufig auch weniger Vertrauen in Institutionen und ihre Mitmenschen auf. Für sie sind alternative Informationen im Netz und in alternativen Medien oft glaubwürdiger, auch wenn diese extreme Positionen, Verschwörungserzählungen, Falschmeldungen oder Hassrede verbreiten.

Wie könnte die Öffentlichkeit im Jahr 2040 medial erreicht werden?

KI-Bots, persönliche KI-Assistenz sowie kommerziell motivierte Filtermechanismen prägen die Meinungsbildung im Jahr 2040. Die Anbieter der meistgenutzten Plattformen haben ihren Sitz außerhalb Europas und entziehen sich damit weitgehend der Regulierung ihrer Algorithmen und Geschäftsmodelle. Es sind auch europäische Anwendungen auf dem Markt, die höheren Sicherheitsstandards entsprechen. Sie

werden jedoch aufgrund ihrer eingeschränkten Leistungsfähigkeit und Nutzerfreundlichkeit von Privatnutzer*innen kaum in Anspruch genommen. Die wenigen großen Anbieter kooperieren mit verschiedenen Staaten, unabhängig von deren Demokratieverständnis und es gibt Anlass zur Vermutung, dass ihre Algorithmen die Kommunikation zu bestimmten gesellschaftlichen Themen oder zu ihren eigenen kommerziellen Interessen zuwiderlaufen. Stattdessen überfluten Desinformationskampagnen im Auftrag von ausländischen Geheimdiensten regelmäßig das Netz. Die Nutzer*innen vertrauen darauf, dass ihre persönliche KI-Assistenz diese Nachrichten rausfiltert, überprüfen lässt es sich nicht. Durch die Beteiligung rechtsnationaler Parteien an der Regierung in vielen Nachbarländern Deutschlands sind dort politische Entscheidungsprozesse autokratisch geprägt, was eine europäische Linie in Bezug auf Sicherstellung der öffentlichen Meinungsbildung kaum möglich macht. Klimaschutzpolitik wird mit technokratischem Anspruch betrieben, d. h. technische Lösungen wie Geo-Engineering oder Atomkraft werden bevorzugt, die möglichst wenig Einschränkungen der persönlichen Freiheiten mit sich bringen, selbst wenn große Risiken damit verbunden sind. Dennoch gibt es auf lokaler Ebene fast überall digital organisierte Gruppen, die konkrete Lösungen für ihre Probleme entwickeln und im Sinne einer Selbsthilfe vor Ort umsetzen. Sie erhalten staatliche Förderung, wenn sie für öffentliche Angelegenheiten von Interesse sind. Politisch motivierte Gewalt zur Unterdrückung kritischer Meinungen und Protestbewegungen sowie eine Kultur der wechselseitigen Einschüchterung sind aber ebenfalls an der Tagesordnung. Gegen die Intransparenz der KI-Modelle und Interessen kommerzieller Plattformanbieter hat sich eine Gruppe kritischer Medienaktivist*innen formiert, die sich auf Erfahrungen aus der Trump-Zeit mit Fake-News und Cyberkriminalität beruft. Sie fürchten nicht mehr nur die weitere Fragmentierung, sondern den Zusammenbruch der demokratischen Gesellschaft.

Welche Relevanz ergibt sich für den Klimaschutz?

Die öffentliche Meinung ist ein wichtiger Eckpfeiler einer erfolgreichen Transformation. Was bedeutet es für den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt für den Klimaschutz, wenn ein konstruktiver, faktenbasierter öffentlicher Diskurs stark eingeschränkt wird oder gar abgelehnt wird? Wenn die Unterscheidung

valider Informationen von Desinformation immer schwieriger wird, kann das gravierende Konsequenzen für den deliberativen Prozess demokratischer Meinungs- und Willensbildung zum Thema Klimaschutz haben.

- Klimaschutz verliert an Relevanz in KI-getriebener Meinungsbildung

Wenn polarisierende Äußerungen in sozialen Medien mehr Resonanz haben, und das durch KI und Filter-Algorithmen weiter gefördert wird, dann erschwert das einen kritischen Diskurs und die Auseinandersetzung mit anderen Standpunkten und Meinungen auch zum Thema Klimawandel. Mit der Dominanz ausländischer Plattformanbieter in der deutschen Medienlandschaft verliert das öffentlich-rechtliche Mediensystem an Bedeutung. Zugleich steigt die Gefahr, dass nicht nur kommerzielle Interessen der Plattformanbieter die Inhalte bestimmen, sondern zunehmen auch autokratische Staaten ihren Einfluss auf das politische Handeln und Wahlen in Deutschland ausweiten können. In dieser Gemengelage droht der Klimaschutz ein Spielball politischer Interessen zu werden.

- (Deep) Fake Meldungen erschweren faktenbasierte Meinungsbildung

Wenn Desinformationskampagnen weiter zunehmen und zusätzlich mit Deep Fakes an Schlagkraft gewinnen, dann besteht die Gefahr, dass Fakten und wissenschaftliche Evidenz zum Voranschreiten des Klimawandels an Glaubwürdigkeit verlieren. Dies wird verstärkt, wenn in Desinformationskampagnen staatliche oder öffentliche Quellen für Information zum Klimaschutz diskreditiert werden. Polarisierende Äußerungen nutzen oft das Mittel der Unterstellung von Inkompetenz ihrer Gegner*innen (Nassehi, 2024). Das dürfte dann weiter zunehmen, z. B. in Bezug auf angemessene Maßnahmen für den Klimaschutz. In politischen Diskursen sind wissenschaftliche Evidenz für Annahmen und Begründungen von Maßnahmen wichtig, und auch die Wissenschaft braucht die Öffentlichkeit. Darum sind Kampagnen der Desinformation eine Herausforderung für die Wissenschaftskommunikation.

- Hassrede bremst Engagement für Klimaschutz und erhöht Gewaltbereitschaft

Die Zunahme von Hassrede im Internet und in sozialen Medien gefährdet die Öffentliche Meinungsbildung, verstärkt die Emotionalisierung der politischen Kommunikation und kann die Akzeptanz von gewalt-samen politischen Aktionen erhöhen. Das kann dazu führen, dass Menschen ihr öffentliches Engagement für den Klimaschutz reduzieren oder einstellen, weil sie sich und ihre Nächsten bedroht fühlen.

- Hohes Medienvertrauen stärkt den Klimaschutzdiskurs

Das Vertrauen in die Medien, insbesondere in die öffentlich-rechtlichen, ist noch hoch, hängt jedoch vom politischen Interesse und Bildungsgrad der Person sowie vom Thema und seinem Polarisierungspotenzial ab. Das bedeutet für den Klimaschutz-Diskurs, dass er am wirksamsten ist, wenn er in öffentlich-rechtlichen Medien stattfindet, aber auch weitere Kanäle nutzt, die von Menschen mit weniger Medienvertrauen bevorzugt werden. Klimaschutz ist zudem ein Thema mit hohem Polarisierungscharakter, da es stark normativ und wertgebunden ist. Es besteht die Gefahr, dass Klimaschutz von Menschen mit geringem Vertrauen in Medien und andere Institutionen als ein Thema derjenigen wahrgenommen wird, gegen die sie zunehmend Wut hegen, z. B. die Regierung oder die Reichen (Vgl. Edelman Trust Institute 2025). Das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber „denen da oben“ wird von rechtsextremen Gruppen populistisch gegen die Regierungsparteien und gegen Klimaschutzmaßnahmen instrumentalisiert. Daher ist der Ansatz der sozialen Medien, komplexe Themen vereinfacht zu adressieren, Fluch und Segen zugleich für mehr Verständnis für den Klimaschutz.

- Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für die Klimaschutzpolitik?

Mit der zunehmenden Dominanz der sozialen Medien als Nachrichtenquelle und den Potenzialen von KI für personalisierte Medieninhalte geht ein Strukturwandel der Öffentlichkeit einher, der sich vor allem auf der Mikroebene der Medienkommunikation, der persönlichen Meinungsbildung, auswirkt. Was bedeutet es für die Klimaschutzpolitik, wenn mehr Desinformation den öffentlichen Diskurs zum Klimaschutz bedroht? Wie wirkt sich das auf das politische Engagement für den Klimaschutz und auf das Vertrauen in Regierungshandeln für den Klimaschutz aus?

- Regulierung von KI und Plattformindustrie zur Stabilisierung von Klimaschutzpolitik

Die Abhängigkeit von ausländischen Plattform-Anbietern und deren kommerzielle und zum Teil demokratiefeindliche Interessen erhöhen die Gefahr, dass der Klimaschutz zu einem Spielball globaler und nationaler politischer Interessen werden. Um dem entgegenzuwirken, sind deutlich weiterführende Maßnahmen zur Regulierung von sozialen Medien und KI-Anwendungen nach europäischen Normen und Wertevorstellungen erforderlich. Ebenso wichtig ist eine Stärkung der Cybersicherheit und der Resilienz gegenüber Cyberangriffen in Deutschland, da diese bereits gezielt zur Schwächung der politischen Handlungsfähigkeit eingesetzt werden. Die Klimaschutzpolitik bleibt auch in der neuen Bundesregierung ein zentrales und ressortübergreifendes Politikfeld und wäre damit potenziell betroffen.

- Aufklärung zu Deep Fakes und Stärkung der Medienkompetenz für Klimaschutzpolitik

Klimaschutzpolitik ist angesichts der oben beschriebenen diversen systematischen Konfliktlinien ein Thema mit hohem Andockpotenzial für verschiedene Konfliktfelder und damit potenzielles Ziel für Polarisierungs- und Desinformationskampagnen. Mit Desinformationskampagnen und Deep Fakes können wissenschaftliche Evidenz und Fakten als Grundlage für die Klimaschutzpolitik sowie deren Protagonisten an Glaubwürdigkeit verlieren. Staatliche oder öffentliche Quellen für Information zum Klimaschutz können diskreditiert werden. Studien zeigen, dass Menschen mit starkem Bewusstsein für Handlungsbedarf beim Klimaschutz (und diejenigen mit höherem Medienvertrauen, s.o.) eine aktivere Qualitätskontrolle von Nachrichten befürworten. Es ist davon auszugehen, dass es auch international koordinierte Maßnahmen gegen Deep Fakes geben wird, da sie auch einen enorm hohen wirtschaftlichen Schaden anrichten können, z. B. bei Cyber- oder Medienattacken gegen Unternehmen. Daher sind Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen und Fakten-Checks gegen Desinformation sowie (KI-basierte) Ansätze zur Entlarvung von Deep Fakes wichtige Instrumente für die Stärkung der Klimaschutzpolitik und Wissenschaftskommunikation zum Klimawandel.

- Hassrede zermürbt Engagement von Politik-Akteuren und kann Gewalt schüren

Hassreden hemmen nicht nur die öffentliche Meinungsbildung, sondern tragen zur Akzeptanz von gewaltsamen politischen Aktionen bei. Hassrede wie auch Gewalt als mögliche Folge gefährden das Wohl der Protagonist*innen der Klimaschutzpolitik. Eine Zunahme von Angst und Gewalt als Folge der Radikalisierung von Meinungen, auch rein sprachlich, in einer sich fragmentierenden Öffentlichkeit kann die Teilhabe am politischen Geschehen und Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung lähmen. Zudem zeigt sich, dass auch in parlamentarischen Debatten die Grenzen zur Hassrede häufiger überschritten werden. Wenn zukünftig die Bereitschaft zu gewaltsamen politischen Aktionen zunimmt, dann schadet das der Akzeptanz der Klimaschutzpolitik – egal auf welcher Seite der Konfliktparteien sie angewendet wird.

- Der Instrumentalisierung von Klimaschutz entgegenwirken mit Kommunikation „auf allen Kanälen“

Das Vertrauen in die Medien ist ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Meinungsbildung zum Klimaschutz und damit der möglichen Unterstützung von Klimaschutzpolitik. Kommunikation und Information über Klimaschutzpolitik ist zudem am wirksamsten, wenn sie öffentlich-rechtliche Medien nutzt (auch deren Social-Media-Kanäle) sowie Plattformen, die von Menschen mit weniger Medienvertrauen bevorzugt werden. Da Klimaschutz von rechtsextremen Gruppen populistisch gegen Regierungsparteien und gegen Klimaschutzmaßnahmen instrumentalisiert wird, ist es wichtig, dass komplexe Aspekte des Klimaschutzes vereinfacht adressiert werden und durch Präsenz in verschiedenen Medienkanälen möglichst viele erreicht werden. Komplementäre Narrative und ein Reframing der Klimaschutzdebatte gegen vereinfachende und destruktive Beiträge könnten durch partizipatives Storytelling gefördert werden. Im nachfolgenden Kasten sind die Chancen und Risiken des Trends zusammengefasst.

Strukturwandel der Öffentlichkeit durch soziale Medien: Chancen und Risiken für den Klimaschutz

Chancen

- Menschen mit starkem Bewusstsein für Handlungsbedarf im Bereich Klimaschutz befürworten eine aktivere Qualitätskontrolle von Nachrichten durch staatliche Regulierung.
- Maßnahmen wie Aufklärungskampagnen und Fakten-Checks gegen Desinformation sowie (KI-basierte) Ansätze zur Entlarvung von Deep Fakes sind wichtige Instrumente für die Stärkung der Klimaschutzpolitik und Wissenschaftskommunikation zum Klimawandel.
- Mit „Kommunikation auf allen Kanälen“ kann der Instrumentalisierung von Klimaschutz als Reizthema durch extremistische Gruppierungen entgegenwirkt werden. Das beinhaltet etablierte Medien, deren Social-Media-Kanäle, sowie weitere Kanäle, z. B. von Influencern.
- Das Vertrauen in die Medien ist ein wichtiger Erfolgsfaktor bei der Meinungsbildung zum Klimaschutz und damit der möglichen Unterstützung von Klimaschutzpolitik.
- Komplexe Aspekte des Klimaschutzes können mit partizipativ entwickelten Narrativen über positive Effekte im Alltag zielgruppengerechter kommuniziert werden und so das Verständnis für Klimaschutzmaßnahmen fördern.
- Partizipative Ansätze, z. B. Workshop-Formate mit Bürger*innen und Expert*innen für Storytelling von Transformationsnarrativen könnten Klimaschutz mit Reframing verständlicher und einfacher machen.
- Die Wissenschaft kann mit Beiträgen in sozialen Medien der Desinformation mit wissenschaftlicher Evidenz etwas entgegnzusetzen.
- Akteure aus gelungenen Beispielen für gelebten Klimaschutz, z. B. Naturschützer*innen oder Umwelt-AGs könnten als vertrauensvolle „Transformationszeugen“ mit „Ich-Botschaften“ aktiv in die öffentliche Kommunikation eingebunden werden.
- Bereits bestehende Fakten-Check-Angebote können ausgebaut und mit Medienpartnerschaften für verschiedene Zielgruppen leichter zugänglich gemacht werden.

Risiken

- ▶ Die Langfristigkeit des Klimawandels und seiner Folgen kann im medialen Aufmerksamkeitswettbewerb schnell an Relevanz verlieren und so die Information über Klimaschutzpolitik und die Aktivierung der Bürger*innen für den Klimaschutz erschweren.
- ▶ Die Abhängigkeit von ausländischen Plattform-Anbietern und deren kommerzielle und zum Teil demokratiefeindliche Interessen erhöhen die Gefahr, dass der Klimaschutz zu einem Spielball globaler und nationaler politischer Interessen werden.
- ▶ Bedrohungen der Cybersicherheit in Deutschland nehmen zu, auch um die politische Handlungsfähigkeit zu schwächen. Die Klimaschutzpolitik bleibt auch in der neuen Bundesregierung eine zentrales und ressortübergreifendes Politikfeld und wäre damit potenziell betroffen.
- ▶ Mit Desinformationskampagnen und Deep Fakes können wissenschaftliche Evidenz und Fakten als Grundlage für die Klimaschutzpolitik sowie deren Protagonisten an Glaubwürdigkeit verlieren.
- ▶ Eine Emotionalisierung der politischen Kommunikation durch Social Media kann auch Hassbotschaften und mediatisierte Gewalt verstärken und dadurch physische Gewalt hervorrufen. Auch Sabotage oder terroristische Aktivitäten könnten zunehmen.
- ▶ Es kann eine Tendenz zu einer aktivistischeren Wissenschaft entstehen, die aufgrund ihrer gesellschaftlichen Einbettung zunehmend Fakten und Werte vermischt.

2.4. Transformationsgovernance stößt zunehmend an ihre Grenzen

Vor wenigen Jahren bestand noch weitgehender gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit einer langfristig angelegten sozial-ökologischen Transformation in Deutschland. Seit der Krisenverdichtung mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine werden jedoch fortlaufend politische Antworten gefordert, die nicht immer oder nur in Teilen im Einklang mit den Zielen der Klimaneutralität stehen, wie z. B. der Beschluss der Bundesregierung im Juni 2022, bei Gasknappheit Strom wieder vermehrt aus Kohle zu erzeugen. Mit dem Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz (EKBG) sollten Kohlekraftwerke bis März 2024 befristet an den Strommarkt zurückkehren, ohne dabei den Transformationspfad zur Treibhausgasneutralität langfristig zu blockieren. Damit erzeugte höhere Treibhausgasemissionen der Energiewirtschaft sollten durch eine Beschleunigung der Reduktion der Gasverbrauchs und der Transformation der Energiewirtschaft wettgemacht werden (Wehinger et al., 2022). Die Rahmenbedingungen für die klimaneutrale Transformation der Sektoren und Gesellschaft werden mit der Polykrise komplexer und laufende Maßnahmen in verschiedenen Politikfeldern müssen immer wieder angepasst werden. Damit stößt die Governance der Transformation zunehmend an Grenzen.

Aktuelle Daten und Fakten

Der European Green Deal ist das Zielbild der EU für die größte gesellschaftliche Herausforderung bis 2050. Es geht um Klimaneutralität bis 2050, die Reduzierung der Emissionen bis 2030 um 55 % im Vergleich zu 1990, und 90 % weniger Emissionen bis 2040. Darunter folgten in der letzten Legislaturperiode konkrete Handlungsfelder mit je eigenen Maßnahmen in verschiedenen Politikbereichen, z. B. für die Energiewende, die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft und die Sicherung einer gesellschaftlich gerechten Transformation. Eine solche Vision ist für das Gelingen großer gesellschaftlicher Veränderungen unabdingbar. Seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine und daraus resultierender Bedrohungen der nationalen Sicherheit, Energieversorgung und Lieferketten haben sich die politischen Prioritäten jedoch verschoben. Neben dem Green Deal hat die aktuelle Kommission der EU jetzt die technologische Souveränität, ökonomische Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungs- und Verteidigungssicherheit Europas als übergreifende Ziele gestellt. Die Aktivitäten in den oben genannten Politikfeldern werden fortgeführt, jedoch auf die neuen Ziele ausgerichtet, so dass Europa auf dem Weg bis 2050 nicht mehr nur klimaneutral, sondern gleichzeitig auch wettbewerbsfähiger usw. werden soll.

Ähnlich ist die Situation in Deutschland. Angesichts der unsicheren handels- und geopolitischen Perspektiven und schwachen binnen- und außenwirtschaftlichen Nachfrage fallen die Investitions-, Beschäftigungs- und Konsumententscheidungen der Unternehmen und Haushalte zurückhaltend aus (BMWK, 2025). Daher betont die Regierungskoalition in ihrem Koalitionsvertrag mehrfach, dass ein zentrales Ziel die Schaffung von Planungssicherheit für private Haushalte und die Wirtschaft sei. Die geopolitischen und geoökonomischen Rahmenbedingungen für die Transformation verschlechtern sich derweil weiter und der Klimawandel schreitet voran.

Was verändert sich?

Das Regierungshandeln in der Polykrise ist geprägt von akuten Erfordernissen der Krisenintervention, in der Vergangenheit unzureichend bewältigten Herausforderungen der Infrastrukturmodernisierung, sowie anstehenden langfristigen Transformationsanforderungen. Zugleich muss es von Krisenfolgen ausgelöst Unsicherheiten, die emotionale Erregung, den Unmut, die Meinungsmache und Verlustängste in der Bevölkerung aufgreifen, die zunehmend als demokratiegefährdend wahrgenommen werden. Sind die Grenzen der politischen Steuerung der Transformation und des Klimaschutzes erreicht?

- Komplexer und akuter Handlungsbedarf überfordert politische und gesellschaftliche Akteure

Mit der weiteren Zuspitzung der Polykrise, insbesondere durch den beschleunigten Klimawandel („Kipunkte beim Klimawandel“ (Kornhuber et al., 2024)) und der Aufkündigung von Partnerschaften im Verteidigungsfall durch Trump, wird die Dringlichkeit der Krisenintervention als kaum mehr zu bewältigen wahrgenommen. Es entsteht der Eindruck einer Überforderung der politischen Akteure und weiter Teile der Bevölkerung mit der Gesamtsituation. Zwar werden zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, es mangelt jedoch an einem konsistenten Gesamtkonzept und einer übergreifenden Strategie, die auf alle staatlichen Ebenen und in alle Ministerien und Verwaltungen angewendet werden kann (Hertie Stiftung, 2025). Die Maßnahmen zur Krisenminderung wirken fragmentiert und wenig harmonisiert (ebd.), was die Menschen verunsichert. Nur 18 % der Deutschen glauben, dass sich das Land auf dem richtigen Weg befindet (IPSOS, 2024). Auch die Lage der deutschen Wirtschaft wird deutlich negativer bewertet als vor

dem Aus der Ampelkoalition. Sorgen machen sich die Deutschen vor allem um Migration (35 %, allerdings mit sinkender Bedeutung), Armut und soziale Ungleichheit (33 %), gefolgt von Inflation (31 %), militärischen Konflikten (26 %) und Kriminalität und Gewalt (25 %). Erst dann folgen der Klimawandel (21 %), das Gesundheitssystem (20 %) und der zunehmende Extremismus (21 %) im Sorgenbarometer (ebd.).

- Zunehmende Kritik an Verwaltungs- und politischen Umsetzungsschwächen

Das Thema Entbürokratisierung und eine Verschlan-
kung des Staates für mehr Effizienz und politische Handlungsfähigkeit gewinnt in der Öffentlichkeit an Bedeutung. Mehrere Studien und Initiativen haben in den letzten Monaten die Folgen der komplexen Bürokratie für die Handlungsfähigkeit des Staates und ihre hemmende Wirkung für Innovation und Transformation aufgezeigt. Dazu gehört der Zwischenbericht vom März 2025 der „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“ mit seinen 30 Vorschlägen, z. B. zur Reformierung der Gesetzgebung, Beschleunigung der Digitalisierung oder Vereinfachung von Behördenanträgen (Hertie Stiftung, 2025). Ähnlich argumentiert der Nationale Normenkontrollrat in seinem Strategiepapier vom Februar 2025 und fordert Reformen für einen leistungsfähigeren Staat (NKR, 2025). Auch die Agora Energiewende fordert einen neuen Politikmix, um die Transformation trotz Krisen zu bewältigen.

- Neue Zielkonflikte führen zu Rückschritten in der Klimaschutzpolitik

In der Polykrise kommt es häufiger zu einem Governance-Dilemma, d. h. kurzfristige politische Entscheidungen, als Reaktion auf akute Krisen, gefährden langfristige politische Ziele. So wurde zu Beginn des Angriffskriegs auf die Ukraine kurzfristig für die Sicherung der Energieversorgung eine Reaktivierung von Kohlekraftwerken erforderlich, was in der Konsequenz die CO₂-Emissionen erhöhte und dem langfristigen Ziel des Ausbaus erneuerbarer Energien widersprach. In diesem Dilemma müssen Entscheidungsträger abwägen, ob sie die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung und Wirtschaft priorisieren oder langfristige Umweltziele verfolgen (Kuzemko et al., 2022). Dies führt häufig zu Spannungen zwischen unterschiedlichen Interessen und kann das Vertrauen in politische Institutionen beeinträchtigen.

- Fehlende Finanzmittel für die Transformation und die Polykrise

Es gibt Anzeichen dafür, dass die neue Bundesregierung die Grenzen der Transformations-Governance verschiebt und so neue Handlungsspielräume schafft. Der Klimaschutz ist neben anderen Schwerpunktthemen weiterhin im Fokus und soll mit 100 Mrd. Euro ausgestattet werden. Angegangen werden sollen des Weiteren die Sicherstellung einer zuverlässigen und nachhaltigen Energieversorgung, die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit, der Ausbau der digitalen Infrastruktur und die Förderung der digitalen Bildung, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, Integration und Migration, sowie die Stärkung der internationalen Beziehungen und der nationalen Sicherheit. Um die dafür erforderlichen Finanzmittel aufzubringen, soll der Verteidigungsbereich von der Schuldenbremse ausgenommen werden, sobald die Ausgaben ein Prozent des BIP überschreiten (aktuell entspräche das 45 Mrd. Euro). Das betrifft Ausgaben für Verteidigung, Zivil- und Bevölkerungsschutz, Nachrichtendienste sowie völkerrechtswidrig angegriffene Länder wie die Ukraine. Die Länder dürfen sich insgesamt um 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verschulden, und es ist ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für „zusätzliche Investitionen“ in Infrastruktur für zwölf Jahre vorgesehen. Für diese Finanzpakete und Investitionen war eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich.

- Aufkommende Transformationsreaktanz

Mangelnde Unterstützung oder Akzeptanz von transformativen Maßnahmen kann sich zu konkretem Widerstand verstärken, wenn Ängste zunehmen, z. B. existenzbedrohend werden. Die sogenannte Transformationsreaktanz kann damit steigen. Sie äußert sich darin, dass nicht nur einzelne Maßnahmen, sondern die Transformation zur Klimaneutralität als solche grundsätzlich von einigen Gruppen oder Parteien abgelehnt wird, bzw. sich ihr verweigert wird. Beispiele sind die heftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um das Gebäudeenergiegesetz oder die Bauernproteste gegen die Abschaffung der Steuerrückstattung beim Agrardiesel. Rechtsextreme und autoritäre bzw. antidemokratische Parteien und Gruppen können derartige Ängste zunehmend adressieren und Wut und Widerstand gegen Wandel schüren.

Wie könnte die Transformationsgovernance sich im Jahr 2040 entfaltet haben?

Im Jahr 2040 steht die Transformationsgovernance in Deutschland unter massivem Druck. Die sich weiter zuspitzende Polykrise mit beschleunigtem Klimawandel, geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Disruptionen und sozialen Verwerfungen stellt politische Institutionen, Verwaltung und Gesellschaft vor gewaltige Herausforderungen. Trotz zahlreicher Einzelmaßnahmen fehlt weiterhin ein kohärenter, ressortübergreifender Steuerungsrahmen, der Zielkonflikte auflöst und strategische Langfristziele sichert. Maßnahmen wirken oft reaktiv, widersprüchlich oder ungeplant. Die wachsende Transformationsreaktanz führt dazu, dass die Akzeptanz selbst für grundlegende Maßnahmen zur Klimaanpassung und -minderung sinkt. Hier und da entstehen dennoch innovative Governance-Ansätze. Neue digitale Governance-Netzwerke ermöglichen es, Entscheidungen zwischen Kommunen, Ländern, Bund und EU mithilfe digitaler Echtzeit-Datenanalyse abzustimmen. Konsultation und Beteiligung breiter gesellschaftlicher Gruppen wird mit deliberativen Bürgerräte ausgebaut, um Legitimität und Anschlussfähigkeit zu erhöhen. Der Transformationsrat 2040 übernimmt beratende Funktionen zur Strategieintegration in allen Ministerien. Das Verharren in traditionellen politischen Kulturen und Routinen – etwa Silodenken, parteipolitischem Konkurrenzverhalten und einer ausgeprägten Risikovermeidungskultur („German Angst“) – behindert jedoch immer wieder die konsequente Umsetzung dieser Ansätze.

Welche Relevanz ergibt sich für den Klimaschutz?

Was bedeutet es für den Klimaschutz, wenn der Handlungsdruck in der Transformationspolitik weiter ansteigt, so dass diese an Grenzen der Umsetzbarkeit stößt oder gar aufgegeben wird?

- Finanzpaket allein löst Überforderung der Akteure nicht

Eine Überforderung der politischen Akteure und weitere Teile der Bevölkerung mit der Krisenverdichtung kann dazu führen, dass Klimaschutz in der Gemengelage multipler Krisen immer weiter an Relevanz verliert. Zudem können sich die Prioritäten in der

Polykrise weiter bzw. erneut verschieben, so dass der Klimaschutz trotz Finanzierungszusagen weiterhin mit kurzfristig erforderlichen politischen Antworten auf Krisenereignisse konkurriert. Neben der Sicherung der Finanzierung ist auch eine unkomplizierte Beantragung und Auszahlung von Finanzhilfen wichtig. In der Bevölkerung steht das Thema Klimaschutz im Sorgenbarometer nur auf Platz 6, und Entwicklungen wie Kriminalität und Gewalt oder zunehmender Extremismus werden vermutlich an Relevanz gewinnen und Klimaschutz weiter abdrängen.

- Transformationsgovernance ist Nexus-Governance und Klimaschutz kein isoliertes Politikziel mehr

Der Klimaschutz allein soll mit 100 Mrd. Euro ausgestattet werden, um effektive Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasemissionen umzusetzen. Aufgrund der engen Kopplung des Klimawandels mit den anderen bestehenden krisenhaften Herausforderungen dürfen Maßnahmen nicht isoliert aufgesetzt werden, sondern müssen eng über Politikfelder verzahnt werden. Es geht daher nicht darum, wie Klimaschutz trotz der Bedarfe in weiteren Handlungsfeldern realisiert werden kann, sondern wie er realisiert werden kann, um den bestehenden Investitionsstau aufzulösen, die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und die Folgen der Krisenverdichtung wie Dysfunktionalitäten von Systemen, Infrastrukturen und Services zu mildern, die auch die Menschen im Alltag zu spüren bekommen.

- Transformationsreaktanz bremst auch den Klimaschutz

Die Instrumentalisierung von Transformationsreaktanz durch rechtsextreme und autokratisch bzw. antidemokratisch orientierte Parteien und Gruppen wird thematisch an Konfliktlinien festgemacht, die für Polarisierung besonders geeignet sind. Der Klimaschutz gehört in diese Kategorie und kann somit als Grund für gesellschaftliche und parteipolitische Blockaden der gesamten Transformation genutzt werden. Für die Klimaschutzpolitik ist es dabei auch wichtig, selbstkritisch Ansätze zur Stärkung des Vertrauens der Bürger*innen in die Politik wieder zu fördern.

- Die Koordination zwischen politischen Ebenen bleibt unzureichend.

Es fehlt nach wie vor an einer einheitlichen politischen Strategie, die die Klimaziele übergreifend

integriert – z. B. zwischen Energie-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Auch die vertikale Integration bleibt verbesserungswürdig. Die Finanzierungsstrukturen sind reformbedürftig, zugleich stehen Kommunen immer stärker finanziell unter Druck (Destatis, 2025).

- Stellenwert des Klimaschutzes bei jungen Menschen ist noch hoch

Laut einer Umfrage ist der Schutz von Umwelt und Klima für einen großen Teil der jungen Menschen (78 Prozent) immer noch ein wichtiges Thema (Leven et al., 2024), trotz Polykrise. Zugleich zeichnet sich ab, dass der Stellenwert des Themas insgesamt vor dem Hintergrund anderer gesellschaftlicher Krisen rückläufig ist. Auch nachhaltige Konsumweisen im Alltag sowie kollektives Engagement für Umwelt- und Klimaschutz werden weniger häufig praktiziert als vor zwei Jahren (ebd.). Junge Menschen sehen die Verantwortung für mehr Umwelt- und Klimaschutz vor allem bei Politik, Wirtschaft und jeder und jedem Einzelnen. Drei Viertel der jungen Menschen sind aktuell der Meinung, dass Industrie und Wirtschaft nicht genug für Klima- und Umweltschutz tun (ebd.). Diesen hohen Stellenwert des Themas bei Jugendlichen gilt es zu erhalten, auch vor dem Hintergrund, dass junge Menschen aufgrund der demografischen Struktur unterrepräsentiert sind.

- Mehr Bereitschaft zu Klimaschutz durch mehr Teilhabe

Instrumente partizipativer Politikgestaltung und Governance wie Bürgerforen, Zukunftsdialoge, Reallabore u.a. werden zunehmend von Politik und Gesellschaft genutzt. Sie sind sehr gut geeignet für die oben genannte Entwicklung langfristiger Visionen und Narrative der erfolgreichen Umsetzung des Klimaschutzes, da sie unterschiedliche Akteure und deren Perspektiven „an einen Tisch bringen“ und kreative Problemlösung vor Ort unterstützen. Die aktive Einbindung von Bürger*innen, Stakeholdern und anderen Schlüsselakteuren stärkt deren Bereitschaft und Engagement für die Umsetzung der klimaschützenden Maßnahmen.

Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für die Klimaschutzpolitik?

Die für eine erfolgreiche Governance der Transformation erforderliche Verknüpfung aller Sektoren und der Gesellschaft für den Wandel hat bisher nicht oder nur in Teilen funktioniert (Expertenrat für Klimafragen,

2025). Wird es der neuen Bundesregierung gelingen hier neu anzusetzen? Wie können Zielkonflikte zwischen den Transformationsbereichen und zwischen der Transformation und Kriseninterventionen identifiziert und als Regierungsaufgaben formuliert werden? Für das Regierungshandeln werden zeitnah neue Wege gesucht, um die anvisierten Transformationsprozesse fest mit Klimaneutralität zu verknüpfen und sie den Bedingungen von immer neuen Schocks und Krisen effektiv zu verfolgen.

► Klimaschutzpolitik integrativ denken

Seit Beginn der Polykrise werden in Deutschland immer wieder klimapolitische Reformen eingeführt, die als kurzfristige Reaktion im Kontext von Risiken wie Energieknappheit oder Unterbrechung von Lieferketten verstanden werden. Zwar werden diese meist solide von den Ressorts vorbereitet und abgestimmt (z. B. Klimaschutzplan 2050), dann allerdings folgen öffentlich ausgetragene parteipolitische Debatten über Zielformulierungen, Erfolgsaussichten oder Rechtmäßigkeit der Maßnahmen. Es entsteht der Eindruck unabgestimmter Entscheidungen, was das Bild des Regierungshandeln in der Transformation schwächt (Hertie Stiftung, 2025). Die Transformation ist jedoch eine große sektorübergreifende und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Klimaschutz als ressortübergreifende Aufgabe besitzt das Potential der Andockfähigkeit an alle Politikbereiche. Das kann eine Chance sein, um nicht in der Transformation abgekoppelt zu werden. Es birgt jedoch auch das Risiko, dass ein Angriff auf das Handlungsfeld Klimaschutz die Transformation insgesamt an verschiedenen Stellen treffen und blockieren würde.

► Modernisierung der Verwaltung und Governance, auch im Bereich Klimaschutz

Es ist wichtig, dass die wachsende Kritik an den Schwächen der Bürokratie und Governance der Transformation aufgenommen wird, zumal sie von unterschiedlichen Interessensgruppen geäußert und unterstützt wird. Eine breite Unterstützung in der Bevölkerung für Entbürokratisierungsmaßnahmen zugunsten der Transformation ist zu erwarten.

► Interministerielle Abstimmung von Handlungsbedarf und Maßnahmen

Mit der Novelle des Bundesklimaschutzgesetzes im Jahr 2024 ist die Verantwortlichkeit für die Einhaltung sektoraler Jahresemissionsmengen von den einzelnen Ressorts hin zu einer sektorübergreifenden Gesamtverantwortlichkeit der Bundesregierung verschoben worden. Der Expertenrat für Klimafragen sieht darin eine Aufweichung der Ressortverantwortung mit der Gefahr eines Verharrens in angestammten technologischen Pfaden (Expertenrat für Klimafragen, 2024). Dem könnte die Wiedereinführung eines Klimakabinetts entgegenwirken (Hertie Stiftung, 2025). Damit könnten Zielkonflikte zwischen den Ressorts direkt adressiert werden, was die Planung, Beschlussfassung, Implementierung und Überprüfung geeigneter Maßnahmen erleichtern würde. Das Klimaschutz-Finanzpaket für die kommende Regierung ist ein wichtiger erster Schritt dafür, dass die Transformation fortgeführt wird. Hilfreich wäre zudem ein zentrales Leitbild der Transformation für das Regierungshandeln und darauf bezogen eine übergreifende Roadmap als Leitplanke für die Umsetzung auf den verschiedenen Politikebenen und interministeriell. Dabei sollten auch Akteure der Landes- und Kommunalpolitik mitgedacht werden.

► Partnerschaften mit Klimaschutzinitiativen für gemeinsame Aktivitäten

Bei weiterer Krisenverdichtung kann es zu mehr radikalen Protesten auch für mehr Klimaschutz kommen. Sie könnten die Gesellschaft in Bezug auf Handlungsbedarf für den Klimaschutz eher spalten als einen, insbesondere wenn sie zunehmend mit Ängsten und Wutreaktionen verbunden werden. Eine Folge wäre, dass auch die Klimaschutzbewegung zunehmend fragmentiert würde. Um dem entgegenzuwirken könnten Maßnahmen zur überregionalen und lokalen Vernetzung unterschiedlicher Gruppen und Bewegungen mit ähnlichen Themenschwerpunkten helfen. So könnten z. B. Bürgerinitiativen aus verschiedenen Regionen Partnerschaften für vernetzte lokale Aktionen eingehen, sich gegenseitig unterstützen und voneinander lernen.

► Nicht nur Klimaschutz ist Jugendlichen wichtig

Klima- und Umweltschutz haben trotz der Polykrise einen hohen Stellenwert bei Jugendlichen. Das bedeutet, dass sie vermutlich auch Klimaschutzpolitik befürworten. Diesen hohen Stellenwert des Themas bei Jugendlichen gilt es zu erhalten. Da der Stellenwert von Umwelt und Klima jedoch im Vergleich zu anderen

wichtiger werdenden Themen im Krisenkontext rückläufig ist, besteht die Gefahr, dass Klimaschutzpolitik bei mehr Krisenverdichtung auch für die jugendlichen Befürworter*innen an Bedeutung verliert. Dem könnte entgegengewirkt werden, wenn die enge Kopplung und die Wechselwirkungen von Klimaschutz- und anderen Politikzielen vermittelt werden und Klimaschutz als integrativer Bestandteil von Kriseninterventionsmaßnahmen verstanden wird.

- ▶ Partizipativ entwickelte Narrative für gelingenden Klimaschutz als Hoffnung in Krisenzeiten

Wichtig wäre, dass Klimaschutz nicht mehr isoliert als Zielvision beschrieben wird, sondern eng an andere zentrale Regierungsaufgaben und gesellschaftliche Missionen zur Stärkung der Resilienz erzählerisch gekoppelt wird (Grünwald et al., 2021). Es geht um das Aufzeigen der engen Verbindungen und des Beitrags von Klimaschutz zur Versorgungs- und Ernährungssicherheit, nationalen Verteidigung und

zivilen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Souveränität. Auf der Basis können mögliche Zielkonflikte und erforderliche Kompromisse benannt und in der Umsetzung adressiert werden. Die aktive Einbindung von Bürger*innen, Stakeholdern und anderen Schlüsselakteuren mit Bürgerforen, Zukunftsdialogen oder Reallaboren im Bereich Klimaschutz adressiert lokale Herausforderungen, fördert die Entwicklung von Lösungen und deren Umsetzung. Dabei wird mit Visionen und Zukunftsnarrativen gearbeitet. Diese können der Klimaschutzpolitik als Schlüssel für eine gelingende Kommunikation über Klimaschutzmaßnahmen und deren konkrete Auswirkungen im Alltag sein.

Im nachfolgenden Kasten sind die Chancen und Risiken des Trends zusammengefasst.

Transformations-Governance stößt an ihre Grenzen: Chancen und Risiken für den Klimaschutz

Chancen

- ▶ Ein zentrales Leitbild mit einer Vision der Transformation für das Regierungshandeln sowie eine übergreifende Roadmap könnten als Leitplanken der Umsetzung auf verschiedenen Politikebenen und interministeriell dienen.
- ▶ Eine überregionale und lokale Vernetzung unterschiedlicher Gruppen und Bewegungen mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten des Klimaschutzes könnte einer Fragmentierung der Klimaschutzbewegungen entgegenwirken und gegenseitiges voneinander lernen fördern.
- ▶ Der Klimaschutz ist als Kern der Transformation andockfähig an alle Politikbereiche.
- ▶ Klima- und Umweltschutz haben trotz der Polykrise einen hohen Stellenwert bei Jugendlichen. Das bedeutet, dass sie vermutlich auch Klimaschutzpolitik noch immer befürworten.
- ▶ Klimaschutz ist keine isolierte Politikaufgabe, sondern eng an Versorgungs- und Ernährungssicherheit, nationale Verteidigung und zivilen Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität gekoppelt.
- ▶ Partizipativ in Bürgerforen und Zukunftsdialogen erarbeitete Visionen und Zukunftsnarrative können der Schlüssel für eine gelingende Kommunikation über Klimaschutzmaßnahmen und deren konkrete Auswirkungen im Alltag sein.
- ▶ Die Einbindung von Bürger*innen oder privatwirtschaftlichen Akteuren in die Entwicklung eines attraktiven gemeinsamen Zielbildes der Transformation würde helfen, die Zielkonflikte verständlich herauszuarbeiten und erforderliche Maßnahmen nachvollziehbarer zu machen.
- ▶ Eine übergeordnete langfristige Vision des Klimaschutzes für Deutschland könnte für verschiedene Regionen in Form von Zukunftsdialogen konkretisiert werden, so dass lokale Anforderungen und Besonderheiten adressiert, sowie Ressourcen und Kapazitäten aus Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft am Standort besser genutzt werden könnten.

Risiken

- ▶ Die Zuordnung der Federführung des Klimaschutzes nach dem traditionellen Ressortprinzip mit Teilaufgaben in verschiedenen Ministerien birgt Zielkonflikte der Planung, Beschlussfassung, Implementierung und Überprüfung geeigneter Maßnahmen.
- ▶ Mit der Krisenverdichtung kann es zu mehr radikalen Protesten für Klimaschutz kommen, was die Gesellschaft in Bezug auf Handlungsbedarf für den Klimaschutz eher spalten als vereinen könnte und auch Klimaschutzbewegung zunehmend fragmentiert würde.
- ▶ Öffentlich ausgetragene parteipolitische Debatten über Zielformulierungen, Erfolgsaussichten oder Rechtmäßigkeit von klimapolitischen Reformen, die meist solide von den Ressorts vorbereitet und abgestimmt wurden, vermitteln den Eindruck unabgestimmter Entscheidungen und schwächen das Bild des Regierungshandeln in der Transformation.
- ▶ Die Instrumentalisierung von Transformationsreaktanz durch rechtsextreme bzw. antidemokratisch orientierte Parteien und Gruppen nimmt zu und betrifft nicht nur die Klimaschutzpolitik.
- ▶ Der Klimaschutz ist andockfähig an alle Politikbereiche, so dass ein Angriff auf das Handlungsfeld Klimaschutz die Transformation insgesamt an verschiedenen Stellen treffen und blockieren würde.
- ▶ Der Stellenwert von Umwelt und Klima bei Jugendlichen ist hoch, jedoch im Vergleich zu anderen wichtiger werdenden Themen im Krisenkontext rückläufig.
- ▶ Wenn die Polykrise voranschreitet, können sich sowohl Transformationsfatigue als auch Transformationsreaktanz in der Gesellschaft verstärken, was mit ebenfalls zunehmender Krisenempfindlichkeit und Krisennormalität zu einer neuen Gemengelage führt, die Transformationspolitik weiterhin ausbremst.
- ▶ Drohende Handlungsunfähigkeit des Staates in der Klimaschutzpolitik könnte einzelnen Organisationen oder Personen, z. B. mächtigen Unternehmer*innen, die Initiative ergreifen lassen, deren Einflussmacht stärken und die Demokratie schwächen, wie das Beispiel USA zeigt.

2.5. Digitale Governance: polyzentrischer und effizienter

Verwaltungen und Behörden befinden sich noch mitten im Prozess der Digitalisierung, die nicht nur ihre Themen und Programme, sondern auch ihre Strukturen und Prozesse verändert. Eine digitalisierte Verwaltung verfügt über Instrumente der Koordination, Planung und Erfolgsmessung von Klimaschutzpolitik in Echtzeit. Das kann die Kollaboration auch über Ländergrenzen hinweg verbessern, ebenso wie die Beteiligung verschiedenster Akteure.

Aktuelle Daten und Fakten

Die Polykrise verschiebt die Prioritäten im Regierungshandeln in Deutschland und erschwert die ohnehin schon schwierige ressortübergreifende Koordination und Integration der Maßnahmen des Klimaschutzprogramm, da nun zunehmend Kapazitäten und finanzielle Ressourcen für den Klimaschutz fehlen. In Bezug auf die Digitalisierung der Verwaltung und Politik befindet sich Deutschland im

europäischen Vergleich nur im Mittelfeld. Die Gründe dafür sind vor allem zögerliche und zum Teil uneinheitliche technische Umsetzungen seitens der Behörden aufgrund von komplexen Verwaltungsprozessen und Zuständigkeitsregelungen sowie knappe Haushaltsmittel (Initiative D21 e. V., 2024; Röhl, 2023).

Was verändert sich?

Die Digitalisierung verändert alle Phasen der Governance. Das reicht von der Strategischen Vorausschau und Risikoanalysen über die Formulierung von Politikzielen und Missionen bis zur Entwicklung von Maßnahmen, dem Monitoring und der Evaluation und Wirkungsanalyse. Dabei kann in allen Phasen die Wissensbasis verbessert werden, die Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Politikerebenen und -bereichen sowie die Mitwirkung von externen Akteuren aus der Wissenschaft und Gesellschaft unterstützt werden.

- ▶ Umsetzung der Digitale Governance stockt

Digitale Governance bezeichnet die Nutzung digitaler Technologien und Informationssysteme zur Gestaltung, Umsetzung und Überwachung von Regierungs- und Verwaltungsprozessen. Ziel ist es, die Effizienz, Transparenz und Bürgerbeteiligung in der öffentlichen Verwaltung zu verbessern. Es bestehen noch Defizite in der Umsetzung der Digitalisierung politischen Handelns angesichts unbewältigter Komplexität von Verwaltungs- und Entscheidungsprozessen, des hohen Zeitdrucks für politische Krisenintervention, unzureichendem Ausbau digitaler Infrastrukturen, hoher Anforderungen in Bezug auf Datenschutz und Sicherheit sowie der Zunahme von Desinformation.

► Mehr Kollaboration und Vernetzung

Aus dem Nexus des Klimaschutzes mit anderen Transformationspolitiken in der Polykrise (Vgl. Trend 1) lässt sich ableiten, dass transformatives Regierungshandeln eine enge Koordination zwischen sämtlichen Governance-Ebenen und Politikfeldern erfordert. Zudem fordern Bürger*innen und politische Gruppierungen mehr Möglichkeiten der Partizipation, auch auf internationaler Ebene. Für sie wird in einer Zeit der globalen Krisenverdichtung die Einbindung in politische Entscheidungen immer wichtiger. Formate wie Beteiligungsportale, E-Partizipation, Online-Konsultationen und Beteiligung über soziale Medien ermöglichen die demokratische Teilhabe – auch wenn sie in der Regel nur von bestimmten Gruppen genutzt werden, während andere Gruppen sich mit der digitalen Teilhabe schwer tun bzw. ausgeschlossen sind.

► Neue Formate der Vermittlung

Die Vermittlung von Politikzielen und Maßnahmen kann mithilfe von digitalen Technologien, insbes. Virtual Reality (VR) und Augmented Reality (AR), d. h. virtuellen und erweiterten Realitäten (VR und AR), unterstützt werden. Mit digitalem Storytelling, z. B. in Form von Animationsvideos zu Zukunftsszenarien oder Anleitungen für klimaschützendes Verhalten kann das Verständnis für Klimaschutz gefördert werden. Mit Dashboards oder sogenannten Situation Rooms können Daten- und Wissenssystemumgebungen in Echtzeit und nach persönlichen Präferenzen dargestellt werden (UNEP, o.J.).

► Grenzen und Risiken der Governance-Digitalisierung

Trotz Fortschritten wird die Digitalisierung durch fragmentierte Zuständigkeiten, Datenschutzbedenken, Fachkräftemangel und unzureichende finanzielle Mittel gebremst. In der Polykrise wird zudem deutlich, dass digitale Lösungen auch neue Risiken bergen – etwa durch Abhängigkeiten von Tech-Anbietern oder Cybersicherheitslücken.

Wie könnte die digitale Governance der Transformation im Jahr 2040 aussehen?

Im Jahr 2040 hat sich die digitale Governance in Deutschland und Europa tiefgreifend verändert – getrieben durch die fortschreitende Klimakrise, wirtschaftliche Disruptionen und gesellschaftliche Instabilität. Die digitale Steuerung von Politik und Verwaltung ist ein hochdynamisches Innovationsfeld geworden. Digitale Plattformen, interoperable Datenräume und KI-gestützte Entscheidungsunterstützung sind auf allen Verwaltungsebenen etabliert. Die Europäische Union hat die Datenschutzgesetzgebung dabei nochmals nachjustiert – hoher Anspruch an Datenschutz trifft auf Praxistauglichkeit – so lautet die Devise. Planung, Monitoring und Krisenmanagement erfolgen in Echtzeit, unter Beteiligung von Bürger*innen, Wirtschaft und Wissenschaft. Verwaltung ist nicht mehr nur Dienstleisterin, sondern Orchestratorin gesellschaftlicher Transformation. Zieldefinitionen und Entscheidungen der Klimaschutzpolitik werden auf unterschiedlichen Politik-Ebenen koordiniert. Der inhaltliche Fokus der Governance liegt auf der Stärkung von Resilienz durch klimaneutrale Technologie- und Ressourcensouveränität. Damit können regionalspezifische Herausforderungen mit Kapazitäten vor Ort adressiert werden und in Netzwerken der Wissenstransfer zwischen den Regionen gestützt werden. Intersektorale Aktivitäten der Folgenabschätzung mit Echtzeit-Modellen der Erde tragen zur antizipativen Krisenidentifikation und -bewältigung bei. Hochkomplexe Wechselwirkungen von Governance-Optionen können modelliert werden, punktgenaue Gelegenheitsfenster für politische Intervention werden erkannt und damit auch die internationale Klima-Governance erleichtert. Die Abhängigkeit von wenigen mächtigen Plattformkonzernen, digitales Systemversagen in Teilbereichen und hybride Angriffe auf digitale Governance-Prozesse und -Strukturen sind jedoch eine große Herausforderung.

Welche Relevanz ergibt sich für den Klimaschutz?

In Krisenzeiten müssen kurzfristige Maßnahmen schnell entwickelt und umgesetzt werden, ohne dass langfristige Ziele wie die Klimaneutralität aus den Augen verloren werden. Was bedeutet das für die digitale Governance im Kontext der Polykrise? Digitale Technologien bieten Potenzial, die Koordinierung der Klimaschutzpolitik, die Zielgerichtetheit der Maßnahmen und die Erfolgsmessung zu verbessern. Zu nennen sind hier die Potenziale von KI für die Effizienzsteigerung, das Wissensmanagement, oder eine bessere Erfassung, Simulation und Steuerung umweltrelevanter Parameter auf der ganzen Erde (Erdmann et al., 2024; Tan & Cromptoets, 2022).

- Bessere Datenbasis für Umweltforschung und Governance

Digitale Technologien bieten Potenzial für eine bessere Koordinierung des Klimaschutzes zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik. Durch ein Monitoring in Echtzeit, Modelle und Simulation kann die Wissensbasis verbessert werden und damit schneller auf Ereignisse oder neue Entwicklungen reagiert werden, insbes. bei internationalen Forschungskollaborationen. Das Potenzial für Effizienzsteigerung ist vorhanden, jedoch angesichts der Komplexität von Verwaltungsstrukturen und Entscheidungsprozessen nicht sicher zu heben. Da für den Klimaschutz große Datenmengen benötigt und generiert werden, bestehen Risiken der Datensicherheit und Abhängigkeiten von Plattformanbietern, insbesondere im internationalen Kontext.

- Governance für Klimaschutz wird polyzentrischer

Die Notwendigkeit an Kooperationen für den Klimaschutz über Abteilungs- und Behördengrenzen hinweg (Roth et al., 2021; Schwaag Serger et al., 2023) nimmt zu, ebenso der Bedarf des fachlichen Austausches mit NGOs und neue Allianzen für den Klimaschutz, z. B. Scientists for Future. Das wird durch digitale Governance-Ansätze und Datenanalyse in Echtzeit unterstützt und vorangetrieben. Zivilgesellschaftliche und politische Allianzen wie z. B. World Social Forum WSF, Fridays for Future, Extinction Rebellion nutzen das und unterstützen lokale Initiativen weltweit. Soziale und ökologische Gerechtigkeit sind Kernelemente der Transformation und durch die globale digitale Vernetzung von lokal unterschiedlichen Transformationsakteuren wird Governance für

den Klimaschutz polyzentrischer (Directorate-General for Research and Innovation, Dixon-Declève, Sandrine et al., 2023).

- Klimaschutz virtuell erfahrbar machen

Mit digitalem Storytelling, z. B. in Form von Animationsvideos zu Zukunftsszenarien oder Anleitungen für klimaschützendes Verhalten kann das Verständnis für Klimaschutz gefördert werden. Ein Beispiel sind die interaktiven Erzählformate zum Thema Gemeinwohlorientierung von KI des UBA (Erdmann et al., 2022). Mit Dashboards oder sogenannten Situation Rooms können zudem Daten- und Wissenssystemumgebungen in Echtzeit und nach persönlichen Präferenzen dargestellt werden (UNEP, o.J.).

- Grüne Digitalisierung und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit

Bei konsequenter Verknüpfung der Digitalisierung mit der Kreislaufwirtschaft und dem Klimaschutz im Sinne einer Green Transition kann das Eigeninteresse der Wirtschaft an Klimaschutz wachsen. Beispiele wie Sustainable Finance und neue Anforderungen der CSRD / Nachhaltigkeitsberichterstattung zeigen, dass die Unternehmen bereit sind mitzuziehen. Bleibt die Verknüpfung aus, dann könnte die Digitalisierung als nicht nachhaltiger Wachstumstreiber die Umweltinanspruchnahme weiter steigern, und das Durchbrechen planetarer Grenzen beschleunigen (Ekardt, 2022; Hofmann et al., 2023).

Welche Anknüpfungspunkte bieten sich für die Klimaschutzpolitik?

Wie verändert sich die Klimaschutzpolitik durch mehr digitale Governance? Welche Chancen und Risiken bieten digitale Anwendungen für das Gelingen der Transformation in Zeiten der globalen Krisenverdichtung?

- Integrierte Impact Assessments und Monitoring

Zentrale, international verknüpfte Datenbanken und Dashboards für das Monitoring der Klimaschutzfortschritte unter hohen Qualitätsanforderungen können eine ressort- und politikebenenübergreifende Koordination unterstützen, Komplexität reduzieren und zu eigenem Handeln anregen (Hofmann et al., 2023). In internationalen Forschungskollaborationen können Monitoring-Systeme aufgebaut werden, die nicht nur

lokale Auswirkungen des Klimawandels messen, sondern auch die Analyse von Wechselwirkungen zwischen lokalen Krisenereignissen und deren globale Zusammenhänge unterstützen könnte. Allerdings stellen die Finanzierung und Umsetzung solcher Systeme und deren internationale Koordinierung eine große Herausforderung dar. Die Erkenntnis, dass Klimaschutz ein zentraler Baustein zur Minderung der Polykrise ist, könnte die internationale Bereitschaft zur Beteiligung erhöhen. Auch eine Regulierung der Plattformindustrie und der KI-Nutzung nach europäischen und deutschen Standards könnte sich positiv auswirken und Planungssicherheit für industrielle Akteure schaffen.

- Koordination der ressortübergreifenden Klimaschutzpolitik

Digitale Governance-Strukturen bietet auch für die Klimaschutzpolitik große Potenziale, allerdings sind die Hürden einer breiten Umsetzung enorm hoch. Sollten diese abgebaut werden, dann könnte die Effizienz der interministeriellen Abstimmung erhöht und die Wissensbasis für Entscheidungen sowie der Informationsaustausch verbessert werden. Da die Klimaschutzpolitik eng mit anderen für die Transformation in der Polykrise wichtigen Politikfeldern wie Sicherheit und Geopolitik, Handel und Wirtschaft gekoppelt ist, ist der Schutz von Daten und Netzwerken entscheidend. Zudem müssen Abhängigkeiten von Plattformanbietern, insbesondere im internationalen Kontext, abgebaut werden.

- Mehr digitale Vernetzung von Politik und Gesellschaft für Klimaschutzpolitik

Zivilgesellschaftliche und politische Allianzen für den Klimaschutz vernetzen sich international und engagieren sich nicht mehr nur ausschließlich für Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch für eine sozial und ökologisch gerechte Transformation insgesamt. Sich mit ihnen abzustimmen und ihnen Gehör zu verschaffen, ergänzt die Wissensbasis der Klimaschutzpolitik um weitere Perspektiven.

- Krisenfrüherkennung und Echtzeitsteuerung

Digitale Frühwarnsysteme und Simulationsmodelle (z. B. für Klimafolgen, Versorgungsengpässe, Migration) sind zentral in der politischen Entscheidungsfindung. Ein nationaler „Krisenkompass“ verknüpft Daten zu Klima, Infrastruktur, Gesundheit, Sicherheit und sozialem Zusammenhalt – gesteuert durch ein föderales Digital Governance Center.

- Digitale Teilhabe als demokratischer Standard

Digitale Beteiligung ist rechtlich verankert. Politische Entscheidungen in Schlüsselbereichen wie Energie, Mobilität oder Stadtentwicklung erfolgen regelmäßig unter Einbindung deliberativer, digital gestützter Prozesse. Neue Formate wie digitale Bürgerräte mit Live-Simulationen in digitalen Zwillingen sind Bestandteil kommunaler Politik.

- Klimaschutz virtuell erfahrbar machen

Mit digitalem Storytelling, in Form von Animationsvideos zu Zukunftsszenarien, Serious Games oder Anleitungen für klimaschützendes Verhalten, kann das Verständnis für Klimaschutz und den damit verbundenen Handlungsbedarf gefördert werden. Zudem können Wechselwirkungen von Klimaschutzmaßnahmen mit anderen Aktivitäten aufgezeigt werden, um die Querschnittsfunktion der Klimaschutzpolitik in der Polykrise zu verdeutlichen. Ein Beispiel ist das „Scrollytelling“ zum Thema Gemeinwohlorientierung von KI des UBA (Erdmann et al., 2022). Mit Dashboards oder sogenannten Situation Rooms können zudem Daten- und Wissenssystemumgebungen in Echtzeit und nach persönlichen Präferenzen dargestellt werden (UNEP, o.J.).

Im nachfolgenden Kasten sind die Chancen und Risiken des Trends zusammengefasst.

Digitalisierung macht Governance polyzentrischer und effizienter: Chancen und Risiken für den Klimaschutz

Chancen

- ▶ Zentrale, international verknüpfte Datenbanken und Dashboards können das Monitoring und Impact Assessments ressort- und politikebenenübergreifend unterstützen.
- ▶ Internationale Forschungsverbünde können mit Monitoringsystemen die lokalen Auswirkungen des Klimawandels und deren globale Wechselwirkungen mit anderen Transformationsindikatoren messen und untersuchen.
- ▶ Klimaschutzpolitik ist eng gekoppelt mit anderen wichtigen Politikfeldern der Transformation in der Polykrise, z. B. Sicherheit und Geopolitik, Handel und Wirtschaft, ist der Schutz von Daten und Netzwerken entscheidend. Stärkere Regulierung der Plattformindustrie und der KI-Nutzung nach europäischen und deutschen Standards könnte mehr Planungssicherheit schaffen.
- ▶ Mit digitalem Storytelling und Serious Games kann Bildung, Information und Partizipation für Klimaschutz gefördert werden.
- ▶ Klare Transformationsorientierung durch Verknüpfung der grünen und digitalen Transformation in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik wären positive Signale einer langfristigen politischen Strategie an Unternehmen und könnten die grüne Transformation der Wirtschaft beschleunigen.

Risiken

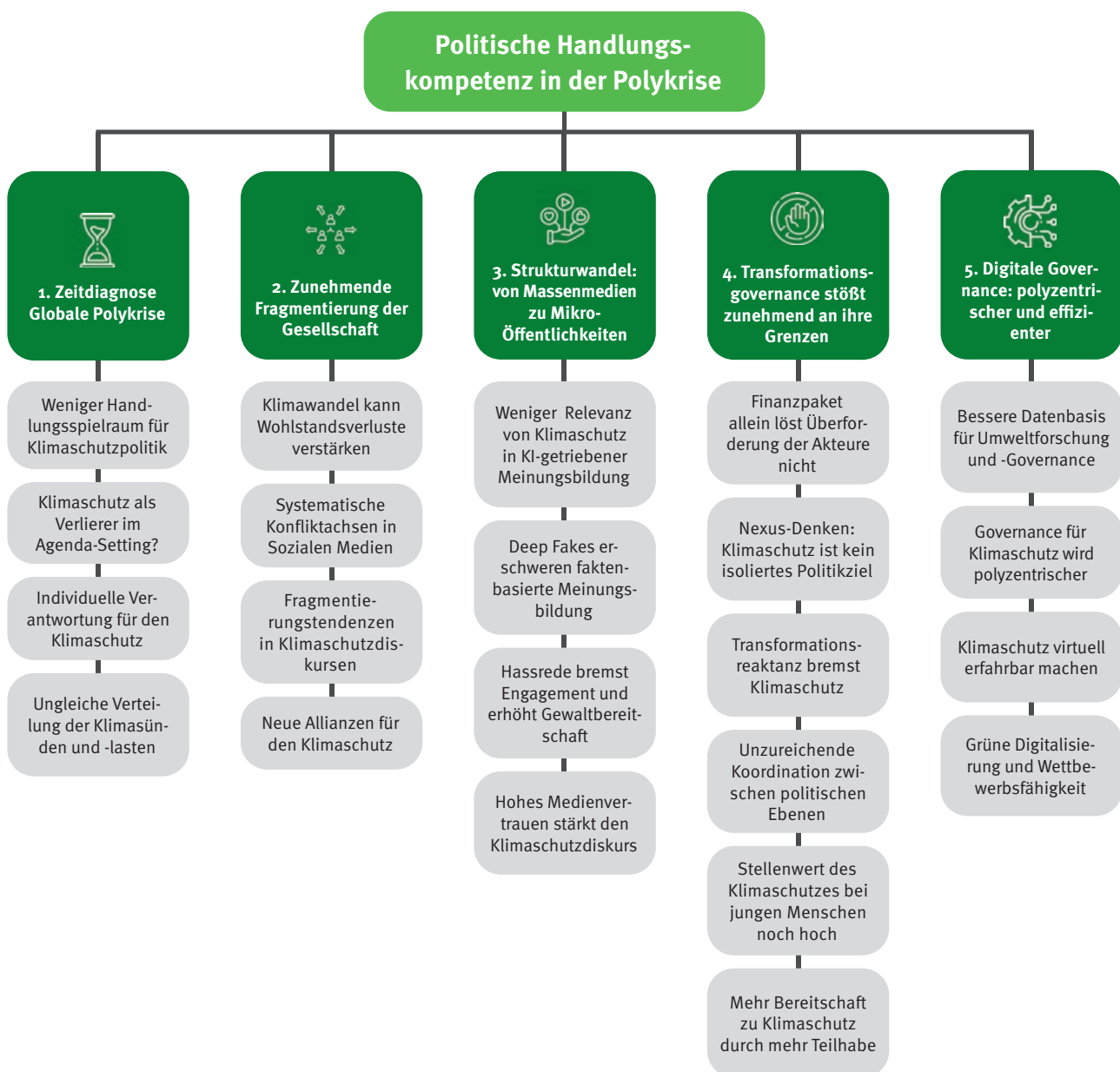
- ▶ Die Einführung digitaler Governance-Systeme ist kosten- und zeitaufwändig, was die Budgets für Klimaschutzpolitik belasten könnte.
- ▶ Unterschiedliche Standards digitaler Systeme und Anwendungen können die Zusammenarbeit erschweren, sowohl zwischen den Ministerien und Politikebenen aber auch international.
- ▶ Mit der Einführung digitaler Tools in der Klimaschutzpolitik können Gefahren für die Cybersicherheit zunehmen und Abhängigkeiten von Plattformanbietern entstehen.
- ▶ Verwaltungen sind möglicherweise nicht flexibel genug, um neue Governance-Ansätze agil und digital umzusetzen.
- ▶ Digitale Governance-Ansätze mit KI bergen das Risiko diskriminierender Verzerrungen.

3. Politische Handlungskompetenz für Klimaschutzpolitik in der Polykrise – Empfehlungen

Die politische Handlungskompetenz für den Klimaschutz wird durch die Polykrise stark herausgefordert. Das haben die fünf hier vorgestellten Trends mit ihren Auswirkungen auf den Klimaschutz und ihre Relevanz für eine gelingende Klimaschutzpolitik verdeutlicht.

Abbildung 3 fasst die Relevanz der Trends für den Klimaschutz zusammen.

Abbildung 3: Die fünf Trends und ihre Relevanz für den Klimaschutz



Die evaluierten fünf Haupttrends politischer Handlungskompetenz in der Polykrise spannen einen breiten Fächer sowohl an Chancen als auch an Risiken für den Klimaschutz auf und bieten damit ressourcübergreifende politische Gestaltungsspielräume für die Klimaschutzpolitik und die Beschleunigung der gesellschaftlichen Transformation.

Die fünf vorgestellten Trends werden in den kommenden Jahren die Handlungskompetenz der Bundesregierung hinsichtlich einer konsequenten Transformation zur Klimaneutralität prägen. Sie haben unterschiedliche Auswirkungen auf die Möglichkeiten des Klimaschutzes in einer Zeit der Krisenverdichtung. Mit ihnen sind sowohl Chancen als auch Risiken für die Klimaschutzpolitik verbunden.

Wie kann die Politik angemessen auf die komplexen Herausforderungen der Polykrise reagieren und dennoch eine über Legislaturperioden hinweg möglichst konsistente Transformationsstrategie für Klimaneutralität verfolgen? Welche neuen Governance-Ansätze werden benötigt, damit die Klimaschutzpolitik in Zeiten sich verdichtender und aneinander gekoppelter Krisenphänomene zum Schlüssel der Transformation wird und das Vertrauen der Bevölkerung in politische Handlungskompetenz stärkt?

Diese Fragen lassen sich nicht vollständig mit dieser Studie beantworten. Jedoch können mit den fünf Trends wichtige Handlungsfelder für politische Maßnahmen abgeleitet werden. Als konzeptioneller Rahmen wird der innovative Ansatz der transformativen Resilienz als spezifische Kapazität für Governance in der Polykrise verwendet, der zunächst in Kapitel 3.1 vorgestellt wird. Die Handlungsfelder werden im Anschluss vorgestellt (Kap. 3.2) und abschließend vier Handlungsfelder priorisiert (Kap. 3.3).

3.1. Transformative Resilienz als Ziel und Handlungsrahmen

Für den Klimaschutz in der globalen Polykrise ist eine Weiterentwicklung der Handlungskompetenzen der Bundesregierung erforderlich. Die sich häufenden und enger miteinander verflochtenen globalen Krisen treffen auf eine Gesellschaft in Deutschland, die selbst durch Fragmentierungstendenzen und einen Strukturwandel in der Öffentlichkeit gekennzeichnet ist. Die bisherige Transformations-Governance stößt in der globalen Polykrise zunehmend an Grenzen. Als geeignet hierfür erscheint ein neuer Governance-Ansatz, der in den letzten Jahren zunehmend aufgegriffen wurde: Transformative Resilienz (Rohne Till et al., 2024).

In einer Studie der Europäischen Umweltagentur wurde Transformative Resilienz als eine entscheidende Fähigkeit der Governance in der Polykrise herausgearbeitet und wie folgt definiert: Transformative Resilienz ist die Fähigkeit von Systemen im Nachhaltigkeitsprozess, mit großen Veränderungen erfolgreich umzugehen, d. h. sich auf die angestrebten Nachhaltigkeitsziele zuzubewegen und trotz oder sogar wegen zunehmender Belastungen, plötzlicher Schocks oder Krisen effektive Wege zu beschreiben. (EEA, 2023; Erdmann & Kimpeler, 2025). Spezifische Kapazitäten einer transformativen Resilienz lassen sich demnach in allen Phasen des klassischen Governance-Zyklus finden. Das beginnt mit der Vorausschau und Strategischen Planung sowie Technikfolgenabschätzung, gefolgt von der Maßnahmenentwicklung, der Politikfelder und Politikebenen übergreifenden Koordination, bis zur Implementierung der Maßnahmen, dem Monitoring und der Evaluation (EEA, 2023).

3.2. Handlungsbedarfe für die Klimaschutzpolitik in Zeiten der Polykrise

Aus einer Analyse der fünf Trends für den Klimaschutz lassen sich folgende übergreifende Handlungsbedarfe ableiten, um die Chancen und Risiken bestmöglich zu adressieren.

6 übergreifende Handlungsbedarfe

- ▶ Stärkung des Nexus-Denken für die Schaffung von Politikebenen- und Politikfeld-übergreifenden Kooperationsstrukturen, insbesondere bei kurzfristig erforderlichen Kriseninterventionen.
- ▶ Einrichtung eines Klimakabinetts für die interministerielle Abstimmung und Koordination aller Klimaschutzmaßnahmen.
- ▶ Priorität von Klimaschutzkriterien in der Krisenintervention.
- ▶ Ausbau der digitalen Governance und Umweltforschung zur Verbesserung der Wissensbasis, internationalen Kooperation und Steigerung der Effizienz von Politikprozessen und Regierungshandeln.
- ▶ Partizipative Entwicklung eines Leitbilds und zielgruppengerechter Narrative für das langfristige Festhalten an der gesamtgesellschaftlichen Transformation zur Klimaneutralität.
- ▶ Institutionalisierung von Strategischer Vorausschau für die Transformation und frühe Erkennung von Signalen der Krisenverdichtung.

3.3. Fazit: Klimaschutzpolitik als Testfall für demokratische Resilienz

Inmitten sich überlagernder Krisendynamiken – sozialer, ökologischer, ökonomischer und geopolitischer Art – erweist sich die Klimaschutzpolitik zunehmend als Lackmustest für die politische Handlungskompetenz moderner Demokratien. Die Trendanalyse zeigt: Nicht ein Mangel an Wissen oder technischen Lösungen ist das zentrale Hindernis, sondern das Ringen um politische Koordination, gesellschaftliche Anschlussfähigkeit und legitime Umsetzungsformen.

Klimaschutz ist nicht ein Politikfeld unter vielen, sondern ein Querschnittsthema, das wie kaum ein anderes von den Schwächen (aber auch Stärken) politischer Steuerungsprozesse, gesellschaftlicher Kohäsion und öffentlicher Kommunikation abhängt. Insofern ist Klimapolitik nicht nur Umweltpolitik, sondern auch Gesellschaftspolitik, Wirtschaftspolitik, Sicherheitspolitik und zunehmend auch ein Feld demokratischer Selbstvergewisserung.

In Zeiten zunehmender Fragmentierung, digitaler Polarisierung und schwindenden Vertrauens in politische Institutionen kann eine integrative, gut kommunizierte und partizipativ gestaltete Klimapolitik zu einem Modell demokratischer Handlungsfähigkeit in der Polykrise werden. Sie hat das Potenzial, neue Allianzen zu stiften, gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu stärken und transformative Kräfte auf kommunaler, nationaler und globaler Ebene zu bündeln.

Dazu bedarf es allerdings eines politischen Selbstverständnisses, das nicht mehr auf Reaktion, sondern auf strategische Resilienz und ko-kreatives Regieren setzt. Nur so kann die Chance genutzt werden, Klimaschutz nicht als Krisenopfer, sondern als Zukunftsmotor einer lernenden Demokratie zu begreifen.

Quellenverzeichnis

Literatur

- Aoyagi, M., Appelgren, E., Ballantyne, A.G., Boykoff, M., Bruns, C., Chandler, P., Daly, M., Fernández-Reyes, R., Jiménez Gómez, I.J., Hawley, E., Hayakawa, Y., Hwang, K., Lee, K., Lyytimäki, J., McAllister, L., Mervaa, E., Mocatta, G., Nacu-Schmidt, A., Osborne-Gowey, J., Pearman, O., Petersen, L.K., Rawn, A., Riegert, K., Simonsen, A.H., and Ytterstad, A. (2025). World Newspaper Coverage of Climate Change or Global Warming, 2004-2025: Media and Climate Change Observatory Data Sets. Cooperative Institute for Research in Environmental Sciences, University of Colorado. doi.org/10.25810/4c3b-b819
- Asian Development Bank. (2023). Delivering on the Sustainable Development Goals through Solutions at the Energy, Food and Finance Nexus: 2023 Asia-Pacific SDG Partnership Report. Asian Development Bank; United Nations; United Nations Development Programme. https://doi.org/10.22617/TCS230094-2
- Bach, S., Buslei, H., Felder, L., & Haan, P. (2023). Verkehrs- und Wärmewende: CO₂-Bepreisung stärken, Klimageld einführen, Anpassungskosten verringern. https://www.econstor.eu/handle/10419/273601 https://doi.org/10.18723/diw_wb:2023-23-1
- Bau Industrie. (2022). Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsche Bauindustrie: Ergebnisse der 3. Bauindustrie-Umfrage (...auf den Punkt gebracht). Hauptverband der Deutschen Bauindustrie. https://www.bauindustrie.de/fileadmin/bauindustrie.de/Zahlen_Fakten/BrancheninfoBau/220516_BI_auf_den_Punkt_gebracht_-_Auswertung_BI_Umfrage_zu_Krieg_in_Ukraine.pdf
- Behre, J., Hölig, S., & Möller, J. (2023). Reuters Institute Digital News Report 2023: Ergebnisse für Deutschland. Juni 2023 (Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts I Projektergebnisse Nr. 67). https://doi.org/10.21241/ss0ar.86851
- Behrends, S., Geisler, S., Kott, K., & Ziebach, M. (2024). Internetnutzung: Sozialbericht Kapitel 5.1.3. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/sozialbericht-2024/553201/internetnutzung/
- Benini, L., Jesus, A., Best, A., & Langsdorf, S. (2023). Resource nexus, challenges and opportunities: Resource nexus and the European Green Deal. European Environment Agency. https://www.eea.europa.eu/publications/resource-nexus-challenges-and-opportunities https://doi.org/10.2800/960984
- BMK. (o.J.). Kernenergie in der EU: Mit 100 Reaktoren ist in der Europäischen Union weniger als ein Viertel aller Reaktoren weltweit in Betrieb. Bundesministerium Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Österreich. https://www.bmk.gv.at/themen/klima_umwelt/nuklearpolitik/euratom/eu.html
- BMWK. (2022). Ukraine-Krieg fordert Deutschland: Die aktuelle Frühjahrsprojektion der Bundesregierung im Überblick (Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Mai). Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter/2022/05/04-im-fokus-download.pdf?__blob=publicationFile&v=1
- BMWK. (2024). Kabinett macht Weg frei für CCS in Deutschland: Habeck: „Entscheidung für CCS ist Richtungsentscheidung für die Industrie in Deutschland.“ [Press release]. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/E/eckpunkte-der-bundesregierung-fuer-eine-carbon-management-strategie.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- BMWK. (2025). Die wirtschaftliche Lage in Deutschland im März 2025 [Press release]. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/W/Wirtschaftliche-Lage/2020/wirtschaftliche-lage-in-deutschland-2025-03.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- Bohrn, B., & Walkenhorst, P. (2024). Trump 2.0: Herausforderungen für Europa und Deutschland. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/trump-20-herausforderungen-fuer-europa-und-deutschland
- Bones, I. (2024). Hassrede – Versuch einer Taxonomie: 21.05.2024. Justus-Liebig-Universität Giessen. Collegium Gissenum. Sprachliche Ungerechtigkeiten, Giessen. https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/hate-speech-was-ist-hassrede
- Boulianne, S. (2020). Twenty Years of Digital Media Effects on Civic and Political Participation. Communication Research, 47(7), 947–966. https://doi.org/10.1177/0093650218808186
- Breuer, C. (2023). Polykrise als Gefangenendilemma. Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 103(1), 2–3. https://www.wirtschaftsdienst.eu/inhalt/jahr/2023/heft/1/beitrag/polykrise-als-gefangenendilemma.html
- Brosig, M. (2025). Nun aber wirklich mehr Einfluss auf die Weltpolitik: BRICS+ im Zeitalter der Polykrise. Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik(18), 145–163. https://doi.org/10.1007/s12399-025-01024-x
- Brüggemann, M., & Pröschel, L. (2024). Klimawandel in den Medien: Zwischen konstruktiver Debatte und Polarisierung. Bundeszentrale für politische Bildung. https://www.bpb.de/themen/klimawandel/dossier-klimawandel/546135/klimawandel-in-den-medien/#node-content-title-1
- BSI. (2025). Desinformation im Internet: Eine Bedrohung für Freiheit und Demokratie. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. https://www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/Informationen-und-Empfehlungen/Onlinekommunikation/Soziale-Netzwerke/Sichere-Verwendung/Desinformation/desinformation_node.html
- Deitelhoff, N., Groh-Samberg, O., & Middell, M. (2020). Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog. Campus Verlag. https://doi.org/10.12907/978-3-593-44646-2
- Statistisches Bundesamt. (2025). Inflationsrate im Februar 2025 bei +2,3 %: Pressemitteilung Nr. 093 vom 14. März 2025 [Press release]. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/03/PD25_093_611.html
- Destatis. (2025). Kommunen verzeichnen im Jahr 2024 Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro [Press release]. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/04/PD25_126_71137.html
- Directorate-General for Research and Innovation, Dixon-Declève, Sandrine, Renda, A., Isaksson, D., Martins, F., Mir Roca, M., Pedersen, G., Schwaag Serger, S., Soete, L., Stres, Š., Gołębiowska-Tataj, D., Walz, R., Curaj, A., Huang, A., Dunlop, K., Charveriat, C., & Balland, P.-A. (2023). Transformation in the poly-crisis age (ESIR Policy Brief No. 5). https://data.europa.eu/doi/10.2777/360282

- Donatsch, S. (2024). Politikexpertin im Interview: Frau Kolleck, woher kommt der Hass auf die Grünen? Frankfurter Rundschau(26.05.2024). <https://www.fr.de/politik/politikexpertin-im-interview-frau-kolleck-woher-kommt-der-hass-auf-die-gruenen-93092339.html>
- The Economist (2024). A Russia-linked network uses AI to rewrite real news stories. The Economist(10.05.2024).
- Edelman Trust Institute (Ed.). (2025). Trust Barometer, Germany report: Trust and the crisis of grievance. https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2025-01/2025%20Edelman%20Trust%20Barometer_Germany%20Report.pdf
- EEA. (2023). Transformative resilience: the key to governing Europe's sustainability transitions in the polycrisis (EEA Report No. 10). European Environment Agency. <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/transformative-resilience-the-key-to-governing>
- Ekdardt, F. (2022). Suffizienz als Governance- und Rechtsproblem: Unter besonderer Berücksichtigung der nachhaltigen Digitalisierung. ZUR(9). <https://www.sustainability-justice-climate.eu/files/texts/Suffizienz-ZUR.pdf>
- Elsner, M., Atkinson, G., & Zahidi, S. (2025). The Global Risks Report 2025. World Economic Forum. <https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2025/>
- Erdmann, L., Cuhls, K., Warnke, P. (2022). Digitalisierung und Gemeinwohl: Transformationsnarrative zwischen Planetaren Grenzen und Künstlicher Intelligenz. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_29-2022_digitalisierung_und_gemeinwohl.pdf
- Erdmann, L., & Kimpeler, S. (2025). Transformative resilience – governing sustainability transitions in the light of shocks and crises: Eu-SPRI annual conference, 5-7 June 2024, im Erscheinen. Universiteit Twente.
- Erdmann, L., Kimpeler, S., Gutknecht, R., Cuhls, K., & Rörden, J. (2024). Umweltforschung und -governance im digitalen Zeitalter. Ergebnisse eines Horizon Scanning für das Umweltressort in einer Gesellschaft von morgen. Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fb_umweltforschung_und_-_governance_im_digitalen_zeitalter.pdf
- ESCAP. (2023). Nexus Thinking is Key to Sustainable Development in the Era of Polycrisis. Economic and Social Commission for Asia and the Pacific. <https://unescap.org/op-ed/nexus-thinking-key-sustainable-development-era-polycrisis>
- Europäische Kommission (Ed.). (2022). Eurobarometer Umfrage Medien und Nachrichten 2022: Factsheet Deutschland. <https://europa.eu/eurobarometer/api/deliverable/download/file?deliverableId=82799>
- Expertenrat für Klimafragen. (2024). Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz. <https://www.expertenrat-klima.de>
- Expertenrat für Klimafragen. (2025). Zweijahresgutachten 2024: Gutachten zu bisherigen Entwicklungen der Treibhausgasemissionen, Trends der Jahresemissionsgesamtmengen und Jahresemissionsmengen sowie Wirksamkeit von Maßnahmen (gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz). Expertenrat für Klimafragen. <https://www.expertenratklima.de>
- Fratzscher, M. (2023). Klimaschutz schädigt den Wohlstand nicht: Blogbeitrag. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://www.diw.de/de/diw_01.c.879503.de/nachrichten/klimaschutz_schaedigt_den_wohlstand_nicht.html
- Fraunhofer AISEC. (2025). Deepfakes: Mit KI-Systemen Audio- und Videomanipulationen verlässlich entlarven. AISEC Spotlights. <https://www.aisec.fraunhofer.de/de/spotlights/Deepfakes.html>
- Frick, V., Gossen, M., & Holzhauer, B. (2022). Junge Menschen in der Klimakrise: Teilbericht. Hg. V. UBA. Umweltbundesamt. Dessau-Rosslau (Texte No. 127). https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_127-2022_junge_menschen_in_der_klimakrise.pdf
- Götze, S. (2024). Schreiben Sie bloß nicht Klima in die Überschrift. <https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/klimakrise-das-neue-normal-warum-wir-uns-an-den-klimahorror-gewohnt-haben-a-42045591-267d-4b78-b4a2-f459f3182fbb>
- Grabka, M. M. (2024). Niedriglohnsektor in Deutschland schrumpft seit 2017 (Wochenbericht No. 5). Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-5-1
- Groh-Samberg, O., Kleinert, C., & Konietzka, D. (2023). Was ist soziale Ungleichheit? Konzeptionelle Perspektiven. Informationen Zur Politischen Bildung lzp(354). <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/lzp/soziale-ungleichheit-354/520841/was-ist-soziale-ungleichheit-konzeptionelle-perspektiven/>
- Grünwald, C., Menninger, J., Poole, S., Glockner, H., Weier, M., Marbach, J., Schipperges, M., & Neumann, K. (2021). Narrative einer erfolgreichen Transformation zu einem ressourcenschonenden und treibhausgasneutralen Deutschland (Texte 52/2024). Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/narrative-einer-erfolgreichen-transformation-zu-o>
- Güßgen, F., & Stölzel, T. (2024). So greift Europa beim Rennen um Rohstoffe daneben. <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/bodenschaetze-so-greift-europa-beim-rennen-um-rohstoffe-daneben-/29813218.html>
- Habermas, J. (2023). Ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit und die deliberative Politik. Politische Vierteljahresschrift, 64(3), 637–640. <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00473-3>
- HAdW (Ed.). (2025). Im Zeitalter der Polykrise: Wie komplexe Krisen entstehen und wie wir ihnen begegnen können. Heidelberger Akademie der Wissenschaften. <https://www.hadw-bw.de/junge-akademie/win-kolleg/komplexitaetsreduktion/polykrise>
- Halper, E., & Spring, J. (2025). Oil and gas executives roll back green energy pledges as they celebrate Trump. Washington Post. <https://www.washingtonpost.com/business/2025/03/10/energy-transition-trump-climate-cerawee/>
- Hedewig-Mohr, S. (2024). Was spaltet die Gesellschaft? Planung & Analyse. <https://www.horizont.net/planung-analyse/nachrichten/umfrageforschung-was-spaltet-die-gesellschaft-219869>
- Helbig, M., & Jähnen, S. (2018). Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten (WZB Discussion Paper P 2018-0001). Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/65661/ssoar-2018-helbig_et_al-Wie_bruechig_ist_die_soziale.pdf;sequence=1
- Hennicke, P., Best, B., Bierwirth, A., & Seifried, D. (2025). KlimaGerecht: Warum wir ökologische und soziale Fragen konsequent verbinden müssen. oekom.

- Herold, Maik, Joachim, J., Otteni, C., & Vorländer, H. (2023). Polarisierung in Deutschland und Europa: Eine Studie zu gesellschaftlichen Spaltungstendenzen in zehn europäischen Ländern (MIDEM Studie No. 2). Mercator Forum Migration und Demokratie an der TU Dresden, gefördert durch die Stiftung Mercator. https://www.stiftung-mercator.de/content/uploads/2023/07/TUD_MIDEM_Polarisationsstudie_DEU_RZ.pdf
- Herschinger, E., Bozay, K., Decker, O., Drachenfels, M. von, Joppke, C. & Sinha, K. (2018). Radikalisierung der Gesellschaft? Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen (PRIF Report No. 8). Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-59478-7>
- Hertie Stiftung (Ed.). (2025). Initiative für einen handlungsfähigen Staat: Zwischenbericht. https://www.ghst.de/fileadmin/images/01_Bilddatenbank_Website/Demokratie_staerken/Initiative_f%C3%BCr_einen_handlungsf%C3%A4higen_Staat/20250311_Zwischenbericht_interaktiv.pdf
- Hille, P. (2025). Warum Hassrede in Deutschland strafbar ist. Deutsche Welle. <https://www.dw.com/de/warum-hassrede-in-deutschland-strafbar-ist/a-71679985>
- Hofmann, J., Ricci, C., Kleinewefers, C., & Laurenzano, A. (2023). Doppelte Transformation: Metastudie – Synopse des aktuellen Forschungsstandes. <https://doi.org/10.11586/2023001>
- Hoppe, I., Lörcher, I., & Kießling, B. Und die Welt schaut (wie)der) hin? Agenda-Setting-Effekte klimabezogener Ereignisse in zwei Online-Öffentlichkeitsarenen. In Neverla, I.; Taddicken, M.; Lörcher, I.; Hoppe, I. (Hg.) Klimawandel im Kopf. Springer VS, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-22145-4_8
- Initiative D21 e. V. (2024). eGovernment MONITOR 2024. Initiative D21 e.V.; Technische Universität München; durchgeführt von KANTAR. https://initiated21.de/uploads/03_Studien-Publikationen/eGovernment-MONITOR/2024/egovernment_monitor_24.pdf
- Interos.AI. (2022). Expanded analysis on Europe – Ukraine supply chains shows hidden connections. <https://www.interos.ai/blog-expanded-analysis-on-europe-ukraine-supply-chains-shows-hidden-connections/>
- IPSOS (Ed.). (2024). What worries the world? Germany report, Dec 2024. <https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2025-01/Germany%20Report%20-%20What%20Worries%20the%20World%20Dec%2024.pdf>
- Jackob, N., Schutz, T., Jakobs, I., Quiring, O., Schemer, C., Ziegele, M., & Viehmann, C. (2023). Medienvertrauen in Deutschland (Schriftenreihe / Bundeszentrale für politische Bildung, Band 10951). https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/bpb_SR_Medienvertrauen-in-Deutschland_online.pdf
- Jackson, K., & Shepotylo, O. (2024). Political alliances and trade: Europe in a polarized world. *European Journal of Political Economy*, 85, 102612. <https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2024.102612>
- Jahn, T., & Kersting, S. (2024). Sieben radikale Strategien zum Klimaschutz. *Handelsblatt* (14.11.2024). <https://www.handelsblatt.com/technik/forschung-innovation/klimawandel-sieben-radikale-strategien-zum-klimaschutz/100085824.html>
- Kimpeler, S., & Marquardt, M. (2025). Vorausschau für den Klimaschutz: Materieller Wohlstand & Klimaschutz Zentrale Trends und ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz. Hg. V. UBA und BMWK. Umweltbundesamt. Dessau-Rosslau.
- Kornhuber, K., Klönne, U., Kellou, D., & Schleußner, C.-F. (2024). Kippunkte und kaskadische Kippdynamiken im Klimasystem: Erkenntnisse, Risiken sowie klima- und sicherheitspolitische Relevanz (Climate Change No. 08). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/08_2024_cc_kippunkte_und_kaskadische_kippdynamiken.pdf
- Kubin, E., & Sikorski, C. von (2021). The role of (social) media in political polarization: a systematic review. *Annals of the International Communication Association*, 45(3), 188–206. <https://doi.org/10.1080/23808985.2021.1976070>
- Kuzemko, C., Blondeel, M., Dupont, C., & Brisbois, M. C. (2022). Russia's war on Ukraine, European energy policy responses & implications for sustainable transformations. *Energy Research & Social Science*, 93, 102842. <https://doi.org/10.1016/j.erss.2022.102842>
- Lanzke, A. (2024). Psychologen erklären: Warum wir so viel über die Klimakrise wissen – und so wenig dagegen tun: Mentale Blockaden. *GEO Wissen*. <https://www.geo.de/wissen/klimakrise--warum-wir-so-wenig-dagegen-tun-34349664.html>
- Lawrence, M., Homer-Dixon, T., Janzwood, S., Rockstörm, J., Renn, O., & Donges, J. F. (2024). Global polycrisis: the causal mechanisms of crisis entanglement. *Global Sustainability*, 7, e6. <https://doi.org/10.1017/sus.2024.1>
- Lawrence, M., Janzwood, S., & Homer-Dixon, T. (2022). What is a global polycrisis? And how is it different from a systemic risk? Discussion Paper Version 2.0. Cascade Institute. <https://cascadeinstitute.org/technical-paper/what-is-a-global-polycrisis/>
- Leven, I., McDonnell, S., & Niedermeier, T. (2024). Zukunft? Jugend fragen! – 2023. Umweltbundesamt. <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/zukunft-jugend-fragen-2023>
- Ließmann, H. (2025). Welche Klimavorgaben für die neue Regierung gelten: 05.02.2025. <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/klimavorgaben-100.html>
- Habilitationsschrift/Mahrt, M. (2019). Beyond Filter Bubbles and Echo Chambers: The Integrative Potential of the Internet (Digital Communication Research). <https://doi.org/10.17174/dcr.v5.0>
- Mahrt, M. (2024). Soziale Medien im Spannungsfeld zwischen Demokratisierung und Fragmentierung der Öffentlichkeit. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/soziale-medien/545791/soziale-medien-im-spannungsfeld-zwischen-demokratisierung-und-fragmentierung-der-oeffentlichkeit/>
- Mau, S., Lux, T., & Westheuser, L. (Eds.). (2023). Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Suhrkamp.
- Medienanstalten (Ed.). (2025). Info-Monitor 2025: Befragung durchgeführt von forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH. Fakten und Impulse, das Forschungsportal der Medienanstalten. https://faktenimpulse.de/wp-content/uploads/2025/03/Info-Monitor_2025.pdf
- Mirchandani, P. (2020). Health Care Supply Chains: Covid-19 Challenges and Pressing Actions. *Annals of Internal Medicine*, 173(4), 300–301. <https://doi.org/10.7326/M20-1326>
- MSC. (2025). Rede von J D Vance. <https://securityconference.org/msc-2025/agenda/event/the-us-in-the-world-2/>
- Müller, T. (2024). Zahl der Social-Media-Nutzenden steigt auf

- 60 Prozent: Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienstudie 2024. *Media Perspektiven*(28), 1–8. https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2024/MP_28_2024_ARD_ZDF-Medienstudie_2024._Zahl_der_Social-Media-Nutzenden_steigt_auf_60_Prozent.pdf
- Münch, U. (2024). Pessimismus auch mit Blick auf die politische Lage. In ifo (Ed.), *Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus* (ifo Schnelldienst No. 3, pp. 3–6): Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-03-wohlstand-populismus.pdf>
- Münkler, H. (2024). *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert*. Rowohlt.
- Nassehi, A. (2024). Gefahren des politischen Populismus. In ifo (Ed.), *Wohlstand in Gefahr? Ursachen und Folgen von Populismus* (ifo Schnelldienst No. 3, pp. 6–9): Institut für Wirtschaftsforschung. <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2024-03-wohlstand-populismus.pdf>
- Neuberger, C. (2022). Digitale Öffentlichkeit und liberale Demokratie. *APuZ*, 10(11), 18–25. https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2022-10-11_online_1.pdf
- Newman, N., & Cherubini, F. (2025). Journalism, media, and technology trends and predictions 2025. Reuters Institute for the Study of Journalism. <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/journalism-media-and-technology-trends-and-predictions-2025#header--o>
- NKR. (2025). Deutschland muss einfacher werden. Empfehlungen für eine Reformagenda der nächsten Bundesregierung. Nationaler Normenkontrollrat. https://www.normenkontrollrat.bund.de/Web/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Positionspapier/2025-02-nkr-strategiepapier-bundesregierung.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Oehsen, D. von (2024). Negativtrend der linearen Mediennutzung setzt sich fort: Ergebnisse der ARD/ZDF-Medienstudie(24). https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2024/MP_24_2024_ARD_ZDF-Medienstudie_2024._Negativtrend_der_linearen_Mediennutzung_setzt_sich_fort_Korr.pdf
- Ostarek, M., Simpson, B., Rogers, C., & Ozden, J. (2024). Radical climate protests linked to increases in public support for moderate organizations. *Nature Sustainability*, 7(12), 1626–1632. <https://doi.org/10.1038/s41893-024-01444-1>
- Özcan, Z., Willaarts, B., Klessova, S., Caucci, S., Prista, L., Adamos, G., & Laspidou, C. (2024). From nexus thinking to nexus implementation in South Europe and beyond: mutual learning between practitioners and policymakers. *Sustainability Nexus Forum*, 32(1). <https://doi.org/10.1007/s00550-024-00538-w>
- Pinzler, P. (2024). Diagnose: Polykrise! Die Zeit Online(19.12.2024). <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-12/ampel-aus-polykrise-bundesregierung-5vor8>
- Quiring, O., Ziegele, M., Schultz, T., Fawzi, N., Jakob, N., Jakobs, I., Schemer, C., Stegmann, D., & Viehmann, C. (2024). Zurück zum Niveau vor der Pandemie – Konsolidierung von Vertrauen und Misstrauen: Mainzer Langzeitstudie Medienvertrauen 2023. *Media Perspektiven*(9), 1–14. https://medienvertrauen.uni-mainz.de/files/2024/04/Mainzer_Langzeitstudie_Medienvertrauen_2023.pdf
- Reusswig, F. A., & Schleer, C. (2021). Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Akteursgruppen im Hinblick auf Veto- und Aneignungspositionen: Literaturstudie zur gesellschaftlichen Resonanzfähigkeit von Klimapolitik im Auftrag der Wissenschaftsplattform Klimaschutz. Berlin/Potsdam. Wissenschaftsplattform Klimaschutz. https://wissenschaftsplattform-klimaschutz.de/veroeffentlichungen/22-02-14_studie-resonanzfaehigkeit-klimapolitik.pdf
- RFIS. (2024). Roadmap bietet Forschungs- und Aktionsplan für den Umgang mit Polykrisen: Gaps, opportunities, and priorities for polycrisis research and action. Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit am Helmholtz-Zentrum für Geoforschung. <https://www.rifs-potsdam.de/de/news/roadmap-bietet-forschungs-und-aktionsplan-fuer-den-umgang-mit-polykrisen>
- Rockström, J., Donges, J. F., Fetzer, I., Martin, M. A., Wang-Erlandsson, L., & Richardson, K. (2024). Planetary Boundaries guide humanity's future on Earth. *Nature Reviews Earth & Environment*, 5(11), 773–788. <https://doi.org/10.1038/s43017-024-00597-z>
- Röhl, K.-H. (2023). Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland. Der Stand zum Zielzeitpunkt des Onlinezugangsgesetzes Anfang 2023 (IW-Report No. 20). https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Report/PDF/2023/IW-Report_2023-_Verwaltungsdigitalisierung.pdf
- Rohne Till, E., Schwaag Serger, S., Axelsson, T., & Andersson, M. (2024). Transformation and resilience in times of change: A historical perspective. *Technological Forecasting and Social Change*, 206, 123558. <https://doi.org/10.1016/j.techfore.2024.123558>
- Roth, F., Warnke, P., Niessen, P., & Edler, J. (2021). Insights into systemic resilience from innovation research (Policy Brief). <https://doi.org/10.24406/publica-fhg-416797>
- Schneller, A., Kahlenborn, W., Töpfer, K., Thürmer, A., Wunderlich, Kahlenborn, Walter, Wunderlich, C., Fiedler, S., Schrems, I., Ekardt, F., Lutz, Christian, Großmann, A., Schmidt-De Caluwe, R., Deinert, O., & Neumann, W. (2020). Sozialverträglicher Klimaschutz – Sozialverträgliche Gestaltung von Klimaschutz und Energiewende in aushalten mit geringem Einkommen (No. 66). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_2020_66_sozial-vertraeglicher_klimaschutz_final.pdf
- Schratz, M. (2023). Mit „Caring Education“ Schulen für die Zukunft stärken: Umgang mit der Polykrise. <https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/michael-schratz-umgang-mit-der-polykrise-mit-caring-education-schulen-fuer-die-zukunft-staerken/>
- Schröder, T. (2021). Riskante Kühlung. Max-Planck-Gesellschaft. <https://www.mpg.de/16569676/geoengineering>
- Schwaag Serger, S., Dachs, B., Kivimaa, P., Lazarevic, D., Lukkarienen, J., Stenberg, L., & Weber, M. (2023). Transformative innovation policy in practice in Austria, Finland and Sweden. What do the Recovery and Resilience Plans tell us about linking transformation and innovation policy? (Science, Technology and Industry Policy papers No. 156). <https://doi.org/10.1787/45d3a149-en>
- Seligman, M. (2015). *Wie wir aufblühen: Die fünf Säulen des persönlichen Wohlbefindens*. Goldmann.
- Sommer, B., & Schad, M. (2023). Rechtspopulismus, das Klima und die Umwelt. *Ökologisches Wirtschaften – Fachzeitschrift*(38(01)), 19–21. <https://doi.org/10.14512/OEW0380119>
- Spannagel, D., & Brülle, J. (2024). Ungleiche Teilhabe: Marginalisierte Arme – verunsicherte Mitte: WSI Verteilungsbericht 2024. DOI:10.5771/0342-300X-2024-6-450

Stade, J. (2019). An der Ungleichheit kann der Klimaschutz scheitern. <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/an-der-ungleichheit-kann-der-klimaschutz-scheitern>

Tan, E., & Cromptvoets, J. (Eds.). (2022). The new digital era governance. How new digital technologies are shaping public governance. Wageningen Academic Publishers. <https://doi.org/10.3920/978-90-8686-930-5>

Teichler, N., Gerlitz, J.-Y., Cornesse, C., Dilger, C., Groh-Samberg, O., Lengfeld, H., Nissen, E., Reinecke, J., Skolarski, S., Traunmüller, R., & Verneuer-Emre, L. M. (2023). Entkoppelte Lebenswelten? Soziale Beziehungen und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – Erster Zusammenhaltsbericht des FGZ. SOCIUM, Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. <https://doi.org/10.26092/elib/2517>

Teney, C., Pietrantuono, G., & Wolfram, T. (2024). What polarizes citizens? An explorative analysis of 817 attitudinal items from a non-random online panel in Germany. *PloS One*, 19(5), e0302446. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0302446>

Tooze, A. (2022). Kawumm! Die Krisen dieser Tage überlagern und verstärken sich gegenseitig. Das stellt die Politik vor neue Herausforderungen.: Gastbeitrag. *Die Zeit*(29/2022).

Tschötschel, R., Schumann, N., Roloff, R., & Brüggemann, M. (2022). Der Klimawandel im öffentlich-rechtlichen Fernsehen: Inhaltsanalyse der Tagesschau und des Gesamtprogramms von Das Erste, ZDF und WDR 2007-2022. *Media Perspektiven*(12). https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2022/2212_Tschoetschel_Schumann_Roloff_Brueggemann_.pdf

UBA. (2023). Meinungsbildung im digitalen Zeitalter. <https://www.umweltbundesamt.de/meinungsbildung-im-digitalen-zeitalter>

UBA, & BMUV. (2023). Resilience in times of multiple crises. What can circularity, sufficiency and efficiency do for the transformation to sustainability? 4th Sustainability Transformation Conference, 23.11.2023. <https://www.umweltbundesamt.de/en/service/dates/4th-sustainability-transformation-conference>

UNEP. (o.J.). World Environment Situation Room. Data, Information and Knowledge on the Environment. UN Environment Programme. <https://wesr.unep.org/>

Unzicker, K. (2023). Desinformation: Herausforderung für die Demokratie. Einstellungen und Wahrnehmungen in Europa: Upgrade Democracy. Bertelsmann Stiftung. 10.11586/2023043

Urner, M. (2024). Radikal emotional: Wie Gefühle Politik machen (Originalausgabe). Droemer.

Wehinger, F., Purr, K., Fee, E., Barth, G., Burger, A., Futterleib, M., Pfeiffer, D., Plappert, M.-L., Pischke, F., Schuberth, J., Weiß, J., & Werlein, M. (2022). Mit Klimaschutz durch die Gaskrise: Politikempfehlungen zu Gas, Wasserstoff und Klimaschutz für die Bundesregierung im Herbst 2022 (Texte No. 111). Umweltbundesamt. https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2022-10-26_texte_111-2022_gas_wasserstoff_und_klimaschutz_utf_bf.pdf

Wehmann, K., Koßmann, M., Purr, K., Pagel, M., Steinbrenner, J., & Voß-Stemping, J. (2025). Treibhausgas-Projektionen 2025 – Ergebnisse kompakt. Umweltbundesamt. <https://doi.org/10.60810/openumwelt-7821>

ZDFheute. (2024). Ukraine stoppt Gastransit aus Russland: Folgen für Europa. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/gas-transit-ukraine-eu-russland-100.html>

Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (Eds.). (2023). Die Distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. <https://www.fes.de/index.php?elD=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05af-f649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>

Abbildungen

Titelbild:

ALLVISIONN, istockphoto.com

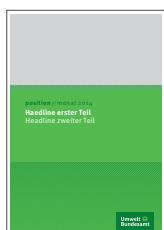
Abbildung 1 und 3:

Hourglass icon created by prettycons – Flaticon
Society free icon by HAJICON – Flaticon
Social media management created by gravasio – Flaticon
Stop Violence free icon – Freepik
Settings free icon created by Freepik – Flaticon

<https://www.flaticon.com>

Abbildung 2:

Sandra Milena Valero Orjuela, istockphoto.com



► **Unsere Broschüren als Download**
Kurzlink: bit.ly/2dowYYI

 www.facebook.com/umweltbundesamt.de
 www.x.com/Umweltbundesamt
 www.youtube.com/user/umweltbundesamt
 www.instagram.com/umweltbundesamt